



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

Einführung und Übersicht

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

Einführung und Übersicht.

I

Revolutionäre Außenpolitik.

Kann man von einer auswärtigen Politik der bayerischen Revolution sprechen?

Die Bezeichnung mag gewagt erscheinen für die Versuche, die der revolutionäre Ministerpräsident Kurt Eisner in den stürmischen Monaten nach dem deutschen Zusammenbruch und nach der Umwälzung unternahm, um auf dem Wege über den bayerischen Freistaat die außenpolitische Führung des Reiches entscheidend zu bestimmen.

Dieses Streben wirkte sich vor allem aus in einer Tat, die in aller Welt das größte Aufsehen erregte: In einer amtlichen Veröffentlichung vom 23. November 1918 machte der Leiter des neuen Volksstaates Mitteilungen aus geheimen diplomatischen Urkunden der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, in denen er einen Beweis für die Schuld der ehemaligen kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruche erblickte.

In der Heimat und draußen in der Welt spielen diese Enthüllungen seitdem eine bedeutsame Rolle in der sogenannten Schuldfrage. Sie fanden auch eine Stätte in den Versailler Friedenvorbereitungen und kehrten dort in wohlberechneter Aufmachung wieder als Beweismittel gegen Deutschland. So hinterließen sie also tiefe Spuren.

In dem Baugefüge der Versailler Schuldanklage bilden sie einen mit Vorbedacht behauenen Stein. Es kann nicht Nebensache sein, diesen zu zerschlagen und damit zur Lockerung und zum Einsturz jenes künstlichen Bauwerks beizutragen. Wenn es Poincaré für gut und nötig fand, in der Ansprache, mit der er als französischer Staatspräsident seinerzeit die Friedenskonferenz begrüßte, auf die aus bayerischen Geheimschränken gekommenen angeblichen Schuldbeweise triumphierend hinzudeuten, wenn man sie dann in einer welthistorischen Versailler Niederschrift verewigte, freilich im

Sinne der Entente, so kann man wohl unter Anpassung eines bekannten Wortes sagen: Auch Urkunden haben ihre Schicksale!

Veranlassung genug, um die geschichtlichen Umstände und Vorgänge, die Beweggründe, Absichten und Ziele gründlich aufzuklären, die jene Veröffentlichung verursachten, und sich gleichzeitig über Inhalt und Bedeutung der diplomatischen Schriftstücke, die ihr zugrunde lagen, klar zu werden. Es handelt sich dabei weder um eine Verteidigung dessen, was man altes System nennt, noch um eine Anklageschrift gegen eine Person oder politische Bewegung. Niemand zu Liebe, niemand zu Leide habe ich diese Untersuchung angestellt. Sie will einfach ergründen und darstellen, wie es gewesen.

I.

Grauerregend ist der Schuldspruch, der in Versailles gegen Deutschland gefällt wurde. Ohne Not, aus ruchloser Gesinnung, mit frevler Absicht und verbrecherischem Tun soll es den Weltkrieg von langer Hand vorbereitet und den Brand mit kalter Überlegung entzündet haben. Nur um seinem zügellosen Machtwillen zu fröhnen, um zur Weltherrschaft zu gelangen, soll es gegen die Menschheit und die Freiheit der anderen, angeblich völlig schuldlosen europäischen Völker das größte Verbrechen begangen haben, das die Geschichte kennt!

So das Urteil der alliierten Staatsmänner, auf das die „Strafe“ sich gründet. Gegen diesen offenbaren, ungeheuerlichen Fehlspruch erhebt sich die Wahrheit mit stetig wachsender Wucht.

Schon im Kriege ist der Schuldspruch von der Propaganda der Verbandsmächte vorbereitet worden. Sie fand dabei auch die Unterstützung jener Richtung des internationalen Pazifismus, die in grotesker Verkennung der Wirklichkeit im deutschen Wesen nichts anderes mehr zu erblicken vermochte als den unverbesserlichen Todfeind wahrer Menschheitskultur. Besessen von einer überspannten Vorstellung dessen, was sie an Deutschland als militaristischen Geist, als rohen Machtgedanken, als „Germanismus“ haßten, wetteiferten diese sonderbaren Friedensfreunde zur Freude eines Lord Northcliffe mit den wildesten französischen und englischen Nationalisten im Wortkampfe gegen Deutschland. Der Amerikaner George D. Herron, ein inzwischen gewandelter Vertreter dieser Art Weltfriedensförderer, bekennt in einer späteren

Schrift, wie er und seine Gesinnungsgenossen unter die Kriegshetzer gingen und von der Schweiz aus Italien und Amerika in den Kampf hineintreiben halfen, weil sie von einer deutschen Niederlage den Anbruch eines neuen besseren Zeitalters der Humanität erwarteten.¹⁾

In solchen Vorstellungen trafen sie sich mit revolutionären Sozialisten wie Eisner und mit Vorkämpfern eines radikalen Pazifismus in Deutschland wie Friedrich Wilhelm Foerster. Nicht von jeher hatten diese beiden Männer solche schroffe Auffassungen über ihr Heimatland. Es ist bekannt, daß Eisner sich bei Kriegsausbruch in der sozialdemokratischen Partei eifrig für die Bewilligung der Kriegskredite einsetzte. Damals war er auf guter Spur, indem er glaubte, daß Petersburg im Bunde mit Paris letzten Endes den Weltbrand herbeigeführt habe. Das war noch ein Stück von jenem Eisner, der in früheren Schriften (1901) die Revanchelust Frankreichs und „den furchtbaren russischen Bergsturz“, den Europa bebend als sein Schicksal erwarte, für die drohendste Gefahr hielt. Gegen den Weltkrieg, der daraus entstehen würde, wußte auch er damals nur eines: „Wir müssen alles an Soldaten aufbieten, was wir können.“ Frankreich hielt er für russischer als Rußland. Hier beherrsche der Zarismus nur die Regierung, in Frankreich das Volk! An seinem Chauvinismus müsse der Fortschritt Europas scheitern. An dem deutschen Militarismus fand er nicht nur Schädliches sondern auch gewisse Vorteile für das soziale, körperliche und geistige Gedeihen des Proletariats.²⁾

Auch Foerster hat sich erst zu dem entwickelt, was er später vertrat. Noch 1916 hielt er dafür, daß militaristische Überspannung und Imperialismus auch bei den Verbandsmächten als geschichtliche Kräfte ein unheilvolles Werk getan hätten. Die preußisch-militärische Denkweise war ihm damals noch die Antwort eines kraftvollen Volkes auf die allgemeine Anarchie im Staatenverkehr. „Es war ja doch die Napoleonische Invasion, die den Schwerpunkt deutschen Wesens wieder von Weimar nach Potsdam verlegte.“

Der bewaffnete Friede erschien ihm noch nicht als die Schuld eines Friedensstörers, den man unschädlich machen müsse, sondern als die Form einer allgemeinen europäischen Zersetzung. Er lehnte ab, es einfach als zielbewußte und kulturfeindliche Bosheit zu be-

¹⁾ Herron, Der Pariser Frieden und die Jugend Europas (1920).

²⁾ Eisner, Taggeist (1901).

trachten, wenn ein Volk von so gewaltiger Schaffenskraft, wie das deutsche, inmitten des unsicheren Weltzustandes nur mit Hilfe von eisernen Schutzwehren seine Weltarbeit sicherstellen zu können glaubte. Es hatte ja gefährliche Nachbarn! Frankreichs Revanche-Verlangen war unberechenbar und die panslawistische Politik und Propaganda hat unablässig den staatlichen Bestand der Nachbarländer bedroht, und zwar nicht bloß mit Programmen, sondern durch weitverzweigte Wühlereien, die seit Jahrzehnten den österreichischen Staat zu unterminieren suchten: „Die hochentwickelte militärische Organisation des europäischen Zentrallandes war doch schließlich der begreifliche, wenn auch kurzsichtige Ausdruck der unberechenbaren europäischen Lage, von der sich das Zentralland am schwersten bedroht fühlen durfte.“¹⁾

Von solchen abwägenden Urteilen finden sich in den späteren Schriften Foersters kaum noch geringe Spuren. Nun überragt in seiner Vorstellung der deutsche Schwertgeist und Machtwille an Furchtbarkeit und ethischer Verworfenheit alles Vergleichbare in der Welt. Mit unsachlicher Übertreibung drückt er diesen Erscheinungen den Stempel einer allgemeinen, alles überschattenden und beherrschenden deutschen Geistes- und Seelenverfassung auf. Diese hat, wie er meint, die Welt in Erregung und in Aufruhr versetzt, sie trägt mit ihren weltpolitischen Auswirkungen die Schuld am Weltkriege!

Das ganze Geschichtsbild ordnet er dieser Lehre zwangvoll unter. So verschließt sich ihm der Blick auf die geschichtlichen Bedingungen preußisch-deutschen Werdens. Es schwindet ihm das Augenmaß für eine gerechte historische Würdigung des von der Schöpferkraft Bismarcks errichteten Werkes, das im Epigonenzeitalter Wilhelms II. unterging.

Kurzichtig wird er für die Schwächen, Fehler und Verbrechen der Westmächte, ungerecht gegen die eigene Nation. Noch 1916 schrieb er: „Unser Kaiser ließ den Gegnern den Vorsprung in der Mobilmachung, um selber den Vorsprung in der Friedensliebe zu behalten.“ Nun hält er es allen urkundlichen Zeugnissen zum Trotz für unwiderleglich, daß die leitenden Kreise in Berlin 1914 dem Kriegswillen dunkler Gewalten verfielen.

¹⁾ Vgl. Foerster, Weltpolitik und Weltgewissen (Aufsätze aus der Kriegszeit) Seite 3 f.

XVIII

Daher predigt Foerster schon während des Krieges im Vereine mit seinem internationalen Freundeskreis dem deutschen Volke Buße, Sühne, Einkehr und Umkehr. Die unerläßliche Vorbedingung dazu erkennt er in der „vollständigen Niederwerfung des preußischen militärischen Systems“. Über diese Niederlage führt nach seiner Meinung der Weg zur innerlichen Neugestaltung Deutschlands und der Welt. Deutschland opfere sich, demütige sich, damit es sich und die Welt erlöse, die voll Sehnsucht auf sein Schuldbekentnis und seine Besserung wartet!¹⁾

In solchen Gedanken begegnete sich Foerster schon während des Krieges mit Herron, mit Eisner. Sie kamen damals auch schon in persönliche Berührung. Die revolutionäre Streiktaktik, mit der Eisner das Ende des Krieges erzwingen wollte, lehnte Foerster ab. Er geht eigene außenpolitische Wege, um zu einem nach seiner Ansicht leidlichen Frieden zu kommen. Die Akten des bayerischen Ministeriums des Äußeren berichten über Einwirkungen in Wien, bei Kaiser Karl, die Foerster zusammen mit Lammasch unternahm, um eine Aktion Österreichs herbeizuführen, die auch zum Heile Deutschlands ausschlagen würde. Gegen diese „Professorenpolitik“ richtete sich der lebhaft Unwille Czernins²⁾.

Nach der Umwälzung, als Eisner seine außenpolitische Mission für Deutschland zu erkennen glaubte, führten die Wege der also gesinnungsverwandten Männer zusammen. Von der Schweiz aus griffen Herron und Foerster mit in den Gang der Dinge ein, dieser in amtlicher Eigenschaft als Gesandter des bayerischen Volksstaates.

Neben ihnen wirkten in der deutschen Reichshauptstadt noch Kräfte mit, wobei auch Maximilian Harden nicht fehlte. So entstand mit der Umwälzung der Versuch, deutsche Außenpolitik im Sinne der eben berührten geistigen und politischen Strömung zu machen. Sehen wir zu, wie er verlaufen ist.

2.

Zur Macht gelangt, nimmt Eisner seine Anschauungen sofort und unbedenklich zum Ausgangspunkt für sein praktisches politisches Handeln und macht sie zur Grundlage seiner Staatsführung. Er ist von der Überzeugung durchdrungen, daß durch die Umwälzung in Bayern für Deutschland eine neue, verhältnismäßig günstige

¹⁾ Foerster, *Mein Kampf gegen das Militaristische Deutschland* (1920).

²⁾ Siehe: *Ergänzungen und Nachträge*, V. „Westöstliche Orientierung“.

Lage geschaffen sei, die man ausnützen könne, um von der Entente erträgliche Friedensbedingungen zu erlangen. Mit erstaunlichem Einfühlungsvermögen gibt er sich der Hoffnung hin, auf diese Weise so etwas wie der Retter Deutschlands werden zu können. In diesen hochgeschwellten Gefühlen ist er in der Folge von seinen pazifistischen Freunden in verhängnisvoller Weise bestärkt worden, so zwar, daß ihn nicht einmal die Waffenstillstandsverhandlungen von seiner Linie abwendig machen konnten.

Schon in dem Aufrufe, der den erstaunten Münchenern am Morgen des 8. November verkündete, daß über Nacht der Freistaat Bayern geboren worden sei, weist Eisner im Hochgeföhle seines Erfolges sich und dem neuen Staatswesen eine höchst bedeutungsvolle außenpolitische Rolle zu. „Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten“, so hieß es darin. „Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt.“ Die Umwälzung erscheint unter diesem Gesichtspunkte gleichsam als rettende nationale Tat. Deutschland sei dadurch vor der verderblichen Überflutung durch die feindlichen Heere und durch demobilisierte oder aufgelöste deutsche Truppen bewahrt worden, so wird in der Kundmachung behauptet, als ob nicht schon vorher vom Reiche die Verhandlungen über einen Waffenstillstand eingeleitet gewesen wären¹⁾.

Diesen Bemühungen des Reiches traute Eisner allerdings keine Kraft und Erfolgsmöglichkeit zu. In der ersten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 8. November sprach er seine außenpolitischen Leitgedanken deutlicher aus. Unter Hinweis auf die wider Erwarten gut gelungene und rasch verlaufene Umwälzung in München rühmte er, daß man durch entschlossene Taten überraschend schnell Geschichte machen könne. Das wollte er nun auch in der Außenpolitik erproben. An Stelle der nach seiner Meinung fälschlich so genannten Berliner „Volksregierung“ will er die Regierung des Volksstaates Bayern bei den kommenden Verhandlungen mit der Entente in den Vordergrund rücken. Denn mit den Machthabern in Berlin, welche die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit und die Mitschuld am Ausbruch des größten Verbrechens der Geschichte mittrügen, werde Wilson keinen Ver-

¹⁾ Seite 25; III. Nr. 1.

ständigensfrieden schließen. Bei ihnen könne es sich höchstens um bedingungslose Kapitulation handeln. Anders stünde es mit der bayerischen Volksregierung, deren „treibende Kräfte“ von Anfang des Krieges an „in einsamer und gefährlicher Opposition“ die deutsche Kriegspolitik bekämpft hätten¹⁾.

Solche Worte aus dem Munde des Oberhauptes des revolutionären Bayern mußten nicht nur bei seiner Anhängerschaft hochgespannte Erwartungen wecken, sondern ließen auch andere Kreise des deutschen Volkes begreiflicher Weise aufhorchen.

Zunächst allerdings erlitt die so kräftig zur Schau getragene Zuversicht einen bösen Stoß, als am nächsten Tage die ungeheuerlichen Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden. Unter dem Eindrucke ihrer Furchtbarkeit schien auch Eisners Hoffnungsfreudigkeit ins Wanken zu kommen. In dem Aufrufe, den er in der Nacht vom 10. auf 11. November an die Völker der Ententestaaten und an das Proletariat der gesamten Welt richtete, erhob er bittere Klage über die Bedingungen des Waffenstillstands. Auch in diesem Appell an die Welt klingen die vorhin gekennzeichneten Leitgedanken wieder deutlich an.²⁾

In dieser Lage gingen ihm von seinen Freunden in der Schweiz Nachrichten zu, durch die er sich wieder aufgerichtet fühlte.³⁾ Der von ihm zum vorläufigen Gesandten in Bern bestellte Professor Foerster wollte in einer mehrstündigen Unterredung mit einem zufällig in Zürich anwesenden „höchst einflußreichen Vertreter der Entente“ herausgebracht haben, daß die harten Waffenstillstandsbedingungen nur eine vorbeugende militärische Maßnahme seien. Sobald der neue Geist in Deutschland deutlich und zuverlässig in Wort und Tat hervortrete und die Reaktion aller Hoffnungen beraubt sei, werde die Wende kommen und Deutschland bestimmt in der Ernährung geholfen werden. Foerster verhiess eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen, allerdings „mehr in der Praxis als in sofortiger öffentlicher Zurücknahme einzelner Punkte“.

Noch beruhigender und verheißungsvoller lauteten die Mitteilungen, die George D. Herron, an den sich der bayerische Finanzminister Jaffé gewandt hatte, unterm 14. November aus Genf nach München drahtete. Er gab an, sich an Wilson gewandt zu

¹⁾ Seite 26; Nr. 2.

²⁾ Seite 26; III Nr. 3.

³⁾ Seite 29, 30, 31, 33; III Nr. 6, 8, 9, 11.

haben und versicherte, der Waffenstillstand sei nur eine einstweilige militärische Zwangsmaßnahme, die mit der politischen Sachlage und der Friedensvorbereitung nichts zu tun habe. Wilson wolle nicht das deutsche Volk zerstören, sondern ihm helfen und so schnell wie möglich „seine Erlösung und Befreiung erreichen“.

Unter dem Eindrucke solcher Verheißungen glaubt Eisner sich auf dem besten Wege zum Ziele. In seiner Kundgebung vom 15. November spricht er von den „bedeutsamen Erfolgen“ der Münchener revolutionären Regierung¹⁾. Er hört die Staatsmänner der Entente nunmehr nach dem deutschen Umsturz bereits eine ganz andere Sprache sprechen als zuvor.

Mit der beflügelten Phantasie des Literaten dichtet er die von seinen Freunden in der Schweiz in Aussicht gestellten Erleichterungen in vollendete Tatsachen um: „Unser Appell an das Weltgewissen blieb nicht ungehört. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden erheblich gemildert. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen. Amerika verheißt dem besiegten Feinde durch Versorgung mit Lebensmitteln den furchtbaren Übergang zu erleichtern.“

Einen Völkerbund, der die Nationen versöhnen und eine Ära friedlicher Weltarbeit eröffnen wird, sieht er dank der „ebenso revolutionären wie besonnenen Politik“ der Münchener Regierung in greifbare Nähe gerückt. So kündigt er als der Heiland eines neuen Zeitalters dem von Hunger und Not bedrängten deutschen Volke die Rettung an.

Es ist erschütternd, zu sehen, wie diese vertrauensseligen Friedensstifter sich mit wachsendem Selbstbewußtsein dem Wahne hingeben, mit der Kraft sozialrevolutionärer und pazifistischer Ideen gegenüber einem Clémenceau und Lloyd George Weltpolitik machen zu können. Von dieser Vorstellung und von ihrer feindseligen Neigung, das alte Deutschland nur unter dem einseitigen Gesichtswinkel ihrer starren Lehrmeinungen zu beurteilen, werden sie auf falscher Bahn vorangetrieben. Indem sie diese Prinzipien mit selbstgerechtem Fanatismus in einer entscheidenden Zeitwende ohne Rücksicht auf die Art und das Tun der Gegen- und Mitspieler als bestimmende Regeln der Staatskunst anzuwenden

¹⁾ Seite 32; III Nr. 10.

versuchen, leisten sie den Absichten der Alliierten Vorschub und versündigen sich schwer am eigenen Vaterlande.

In seinem Schreiben vom 16. November strömt Foerster förmlich über von selbstsicherer Hoffnungsfreudigkeit. Seine Brust ist geschwellt von dem eitlen Bewußtsein, bei den Gegnern Deutschlands als gewichtiger Staatsmann zu gelten und unbedingtes Vertrauen zu genießen. Steht er doch, wie er schreibt, in täglichem persönlichen Verkehr und Meinungs-austausch mit dem „intimsten Vertrauensmanne Clémenceaus“, den er nicht mit Namen nennen darf, der sich aber in ununterbrochener Verbindung mit den Alliierten befindet und fast jeden Tag ein Exposé über irgendeine wichtige Frage erbittet, um es an die alliierten Mächte weiterzugeben¹⁾! Schon hat das moralische Element in den bayerischen Kundgebungen Vertrauen erweckt, während Berlin mit seinen Erlassen keinen Anklang findet. Was der Gesandte neuerdings über die ganze Sachlage in einer dreistündigen Unterredung dargetan, drahtete der geheimnisvolle Mittelsmann unverzüglich an Clémenceau und die amerikanische Gesandtschaft. Nach dem, was er gehört, hält es Foerster nicht mehr zweifelhaft, daß die „ersten Waffenstillstandsbedingungen noch auf Wilhelm II. zugeschnitten waren und das damals noch nicht überwundene schuldige militärische Deutschland treffen sollten“. Aber nun kommt ja alles in besten Gang. Dieses militärische Deutschland wird bald radikal aus dem Sattel gehoben sein. Dann wird die Entente alles tun, um ein Chaos zu verhüten und dem deutschen Volke zu helfen!

Ganz ernsthaft versichert der Gesandte dem Münchener Staatsleiter: „Sie dürfen als schönsten Lohn für alle Ihre Mühen das Bewußtsein haben, daß Sie in diesem Augenblicke Deutschland gerettet haben.“

Eine eigenartige Beigabe in dieser Epistel, daß der Münchener Revolutionär von seinem pazifistischen Freunde eine sehr eindringliche Vorlesung über die Gefahr und das Unzweckmäßige jedweder Art von östlichen Methoden annehmen muß! Die Entente lasse wissen, daß sie den Krieg gegen die „deutsche Unmenschlichkeit“ nicht geführt habe, um dafür den „bolschewistischen Zarismus“ einzutauschen. Unbarmherzig zerstört der Briefschreiber alle Hoffnungen auf eine Weltrevolution.

¹⁾ Seite 33; III Nr. 11.

So treffsicher Foerster in diesem Punkte urteilt, befangen bis zur Besinnungslosigkeit ist er in der Meinung, daß die Alliierten, ausgenommen Italien, von keinen imperialistischen Absichten beherrscht seien: „Ganz besonders hat man in Frankreich nunmehr den dringenden Wunsch, das zweitausendjährige Nachbarschaftsverhältnis zum deutschen Volke auf eine neue Grundlage zu stellen.“

Konnte es eine größere Selbsttäuschung geben?

3.

Es wäre verwunderlich, wenn in diesem Kreise nicht auch der Gedanke aufgekommen wäre, daß Deutschland durch ein reuevolles Schuldbekenntnis die Welt versöhnlich stimmen und bei den Gegnern die Geneigtheit erwecken sollte, sich mit einer milderen Sühne zu begnügen. Aus den Berichten des Berner Gesandten mußte man in München entnehmen, daß diese Möglichkeit gegeben war. Man nahm daher den Ratschlag gerne entgegen, den George D. Herron, der mit Foerster in Fühlung stand, am 17. November an Jaffé und Eisner gelangen ließ¹⁾.

Indem der Amerikaner versicherte, sein Möglichstes getan zu haben, um den Präsidenten Wilson von der Vertrauenswürdigkeit der bayerischen Revolutionsregierung zu überzeugen, empfahl er drei Maßnahmen: 1. möglichst viele deutsche Staaten in Eisners Gefolgschaft zu bringen, 2. die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Kriegsschuld und der Untaten der deutschen Regierung zu unternehmen: „Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend.“ 3. Eine Kommission zum Besuche der verheerten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs und zur Feststellung der Schäden zu bestimmen.

„Ich bitte Sie,“ lautete der Schlußsatz dieser inhaltschweren Drahtnachricht, „kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands, sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.“

¹⁾ Seite 39; III Nr. 12. In einem Briefe an den „Berlin Herald“ (15. April 1922) bestätigte Herron, daß die Münchener Regierungsmänner ihn um seine Vermittlung bei Wilson gebeten haben. Herron glaubte, daß dieser durch ein offenes deutsches Schuldbekenntnis am besten zum Eingreifen bewogen werden könnte.

Die Münchener Machthaber gingen zunächst eiligst an die Ausführung des letzten Ratschlags, womit der gute Wille zur Wiedergutmachung bekundet werden sollte. Foerster erhielt den Auftrag, durch den Schweizer Bundesrat bei der Entente um die Erlaubnis einzukommen, daß eine bayerische Kommission die von den deutschen Truppen in Belgien und Nordfrankreich angerichteten Zerstörungen besichtige und feststelle. Umgekehrt wurde gleichzeitig an die Verbandsmächte die Bitte gerichtet, eine Abordnung nach Bayern zu senden, damit sie mit Aug und Ohr einen Eindruck bekomme, von dem zu vollem Leben erwachten „neuen Geiste“ und von der wirtschaftlichen Not¹⁾.

Dieser erste diplomatische Schritt Münchens, unternommen, um der Entente näherzukommen, ist von dieser, soweit die Akten ersehen lassen, keiner Antwort gewürdigt worden.

Es sollte aber bald der zweite, entscheidende folgen, nämlich das Schuldbekennntnis. Den letzten Anstoß hierzu gab offenbar eine Anregung des neuen bayerischen Bevollmächtigten Dr. Muckle in Berlin (19. November²⁾). Der hatte in einer Unterredung mit Maximilian Harden, den er als einen höchstbedeutenden Politiker einschätzte, die Münchener Meinung bestätigt gefunden, daß die Volksbeauftragten des Reiches mit Ebert an der Spitze unfähig seien, die Revolution zu einem guten Ergebnis zu führen und die Friedensfrage im Münchener Sinne zu lösen.

Mit Harden sieht Muckle die Umwälzung bedroht durch Rückschrittler auf der einen, durch den spartakistischen Radikalismus auf der andern Seite. Vom Norden erwarten beide keine richtige Führung. Süddeutschland müsse, wie sie meinen, seine Machtmittel aufbieten, um die versinkende Flamme des revolutionären Geistes neu zu beleben und die kommenden Friedensverhandlungen ins rechte Geleise zu bringen.

Die deutschen Geheimakten über den Krieg sofort zu veröffentlichen, die Schuldigen vor einen Staatsgerichtshof zu stellen und die Regierungen von allen irgendwie vorbelasteten und unfähigen Elementen zu säubern, dagegen einen Mann wie Maximilian Harden zu den Friedensverhandlungen abzuordnen, das deuchte diesen beiden Berliner Ratgebern das Gebot der Stunde zu sein. Und wenn die Reichsregierung solchen Vorstellungen

¹⁾ Seite 40, 41, 42; III Nr. 14, 15, 18.

²⁾ Bericht Muckles vom 19. November. Seite 45; III 20.

kein Gehör schenken würde, so müsse der Abfall des Südens wenigstens angedroht werden. „Preußen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund hinabdrücken.“¹⁾

Diese Auffassungen und Zielsetzungen fanden in einem Berichte Foersterns vom 21. November eine kräftige Stütze²⁾. Für den bayerischen Volksstaat glaubt er überall die aufrichtigste Sympathie zu verspüren, „auch gestern abend beim italienischen Gesandten“. Berlin hingegen gelte „als undurchdringliches Geheimnis“. Man fürchte von dort her eine „imperialistische Republik“. Die besondere bayerische Form der Revolution muß daher nach Foersterns Ansicht in ihrem moralischen Einflusse geltend gemacht werden. Er hält es für hochbedeutsam und notwendig, der Entente, gerade weil sie Berlin mit größtem Mißtrauen betrachtet, „die Perspektive zu eröffnen, daß Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen werde“.

In diesem Sinne empfahl der Gesandte in einer an die Ententevertreter in der Schweiz gerichteten Denkschrift Bayern als denjenigen deutschen Staat, der unter günstigen Umständen ein politisches und soziales Programm verwirklichen werde, durch das Deutschland aufgerichtet und die Welt vor dem Bolschewismus behütet werden könne.

Die Grundlagen schienen vorbereitet. Wie Foerster, fußend auf Konstantin Frantz, schon während des Krieges eine ausgeprägt föderalistische Neugestaltung Deutschlands verlangt hatte, so Eisner in seinem Regierungsprogramm vom 15. November. Darin verkündete er die „Vereinigten Staaten von Deutschland“, einen Bund ohne jede Vorherrschaft eines Gliedstaates mit voller Selbständigkeit Bayerns. Davon versprach er sich „auch in

¹⁾ So kam nun auch Maximilian Harden im Wirkungskreis dieser Revolutionsführer zu Ehren. Das muß einigermaßen wundernehmen. Gehörte er denn nicht auch zu den Belasteten? Er, der bis 1916 die Kriegführung in schroffster Form und die weitestgehende Annexionspolitik verfochten hatte? Seitdem hatte er sich allerdings gründlich ins Gegenteil verkehrt. Nach der Revolution gar überbot er sich in fortgesetzten tollen Anschuldigungen nicht nur der ehemaligen kaiserlichen Regierung, sondern auch des deutschen Volkes, nach dem auch von Förster gebilligten Motto: „Deutschland hat den Schlaf der Welt gemordet“. Galt er etwa darum nun als „Staatsmann“?

²⁾ Seite 46; III Nr. 23.

nationaler Hinsicht eine glücklichere Zukunft für das deutsche Volk¹⁾. In dem einen Punkte allerdings unterschied er sich von seinem Berner Gesandten, daß er die Angliederung Österreichs für unerläßlich hielt, während dieser nach wie vor seinen alten Lieblingsplan eines nach Osten orientierten österreichischen Donaustaates verfocht und gegen den Anschluß Stimmung machte²⁾.

Man versteht, wenn beide Männer Sorge vor einer deutschen Nationalversammlung hatten und in der Folge bemüht waren, sie möglichst hinauszuschieben. Von ihr war zu befürchten, daß sie eine Rückkehr zu den überlebten staatlichen Bildungen des einstigen Deutschen Bundes nicht mitmachen, sondern im Gegenteil neue Klammern um die Nation schmieden würde.

In der Tat konnte ein lockerer Staatenbund nur zum Tummelplatz französischer Zertrümmerungsabsichten werden. Frankreich erhielt dann reiche Gelegenheit, die Mauerbrecher anzusetzen, um den Bau der deutschen Einheit zum Einsturz zu bringen.

Die revolutionäre Außenpolitik der Eisner, Foerster und Genossen ließ diese Grundtatsache gänzlich außer acht. Sie ging mit blindem Eifer ans Werk, um ihr Programm durchzusetzen. An dem Widerstand des deutschen und bayerischen Volkes, das sich trotz aller Verwirrung doch so viel gesunden Sinn bewahrte, um die Schädlichkeit dieses Beginnens zu begreifen, sollte sie scheitern.

4.

Das Schreiben Muckles wirkte in München wie ein Alarmruf. Es galt hier als eine ausgemachte Sache, daß Berlin aktionsunfähig sei, obwohl in der obersten Reichsleitung mit den drei Mehrheitssozialisten drei Unabhängige saßen.

In diesem „Hauptquartier des Weltkrieges“ konnte es, wie Eisner sich ausdrückte, keine Regierung und keine Nationalversammlung geben, die einen leidlichen Frieden zuwege brachte. Die Massen selbst müßten sich um einen solchen rühren, München falle dabei die Rolle des Vorortes von Deutschland zu. In der Kraftentfaltung der Glieder sah er das Heil Deutschlands³⁾.

¹⁾ Seite 32; III Nr. 10.

²⁾ Näheres siehe: Ergänzungen und Nachträge, „West-östliche Orientierung“.

³⁾ In verschiedenen Reden, die gedruckt vorliegen, befaßte sich Eisner auch mit der außenpolitischen Frage und mit dem Berliner Streitfall.

Die Münchener Revolutionäre zeigten sich empört darüber, daß die Sechsmänner der Reichsleitung in den Reichsministerien und Staatssekretariaten noch immer Kräfte walten ließen, die man in München als schuldbeladene Vertreter des alten Systems, ja geradezu als verkappte Träger der Gegenrevolution ansah. Der Zorn richtete sich vor allem gegen Erzberger, der der Waffenstillstandskommission vorstand und gegen das Auswärtige Amt, das noch von Dr. Solf geleitet wurde, und in dem Dr. David als Unterstaatssekretär tätig war. Ihnen wurde vorgeworfen, daß sie die Außenpolitik des Reiches nach wie vor mit den verruchten Praktiken der alten Zeit betrieben. An David stieß sich Eisner, weil er bei der Entente als der „schwarze Mann“ gelte, „von dem alle Regierungspublikationen ausgehen, welche die Unschuld Deutschlands beweisen sollen“. Er hielt es für notwendig, „dieses Nest auszuräuchern und von den Leuten zu befreien, auf denen die Blutschuld lastete“.

Nur dann konnte nach seiner Ansicht die Pforte ins gelobte Land des Wilsonschen Völkerbundes für Deutschland geöffnet werden, wenn man sich mit Abscheu von der fluch- und schuldbeladenen Vergangenheit abwandte und alle Verbindungen mit ihr zerschnitt. Mit der Formel, daß ja schließlich alle Regierungen, auch die alliierten, ihren gemessenen Anteil der Schuld am Kriegsausbruche trügen, würde man, so erklärte Eisner, auf keinen Fall mehr auskommen, selbst wenn diese Annahme richtig wäre.

Für ihn und seine Gesinnungsgenossen aber war es eine Wahrheit, daß das kaiserliche Deutschland den Weltkrieg geplant und vorsätzlich entfesselt hatte. Wozu also erst noch lange Untersuchungen darüber anstellen, wer die Schuld trug, oder wie sie sich auf die verschiedenen kriegführenden Staaten verteilte? Es genügte, die Schuld Deutschlands wie ein reumütiger BÜßer zu bekennen und die Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses sowie die völlige Abkehr von dem, was war, durch die Veröffentlichung besonders gewichtiger Dokumente vor aller Welt zu bezeugen. Nur so konnte es gelingen, die Waffenstillstandsbedingungen zu mildern und einen erträglichen Frieden von den Siegern zu erlangen!

Auf sie wird hier Bezug genommen. („Die neue Zeit“ 1. und 2. Folge. — Verhandlungen der Räte und der provisorischen Landesversammlung, Stenograph. Berichte.)

XXVIII

Demgemäß erhielt der Gesandte Dr. Muckle noch am 21. November drahtliche Weisung¹⁾, bei der Reichsleitung unverzüglich zu erwirken, daß „die Urkunden über den Ursprung des Krieges umgehend veröffentlicht würden“. Dies sei das einzige Mittel, um zu erreichen, daß die Friedensverhandlungen im Gefühle gegenseitigen Vertrauens geführt würden.

Aber noch ehe dieses Verlangen in Berlin amtlich verbeschieden war, entschloß sich Eisner, selbständig mit einer Aktenpublikation vorzugehen. In den Geheimschränken des Münchener Ministeriums des Äußern hatte er Dokumente gefunden, die nach seiner Ansicht einen Beweis dafür abgeben konnten, daß der Weltkrieg 1914 von einer kriegs- und beutelüsteren Clique in Berlin mit Hilfe gleichgesinnter oder unterwürfiger Regierungsorgane planmäßig und mit Vorbedacht entfesselt worden sei.

Auf der Reise nach Berlin zu der auf 25. November einberufenen Konferenz der einzelstaatlichen Ministerpräsidenten bereitete Eisner die Veröffentlichung derjenigen Aktenstücke, die er für belastend hielt, vor. In den Räumen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin diktierte er am 23. November seinem Geheimsekretär Fechenbach Auszüge für die Presse. Am Morgen des 24. November standen diese Enthüllungen, gleichsam als Morgengabe für die Versammlung der deutschen einzelstaatlichen Ministerpräsidenten, in einem Berliner Blatt; am nächsten Tage verbreitete sie die Korrespondenz Hoffmann von München aus amtlich in alle Welt.

Die Überraschung war eine allgemeine und vollkommene. Namentlich auch bei der Reichsleitung. Diese wollte keineswegs, wie später zur Rechtfertigung des bayerischen Vorgehens behauptet worden ist, die Erörterung der sogenannten Schuldfrage unter den Tisch fallen lassen. Im Gegenteil! Sie war sich bereits schlüssig geworden, die deutschen Akten über den Kriegsausbruch herauszugeben. Sie lehnte aber mit Recht ab, in einer derartig schwierigen und verantwortungsvollen Sache überstürzt zu handeln. Auch war sie nicht gesonnen, „einseitige Anklagen auf die ehemalige deutsche Regierung zu häufen und unter Freisprechung der imperialistischen Ententepolitik das geschichtliche Urteil vorzeitig dahin festzulegen, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage“. So das Auswärtige Amt in seiner späteren Erklärung.

¹⁾ Seite 46; III Nr. 22.

Wie die Reichsleitung in einer Note am 29. November an die alliierten Regierungen darlegte, wollte sie, daß ein vollständiges und wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juni 1914 geschaffen werde. Eine neutrale Kommission sollte unter Zuhilfenahme der Akten und Dokumente aller am Kriege beteiligten Länder die Kriegsursachen und damit die Schuld am Kriegsausbruch untersuchen.

Für ihren Teil hatte die Reichsregierung bereits dem Schriftsteller Karl Kautsky, der im Auswärtigen Amte als Vertrauensmann der Unabhängigen Sozialdemokratie tätig war, Auftrag gegeben, die Veröffentlichung der deutschen Akten in Angriff zu nehmen. Sie stemmte sich jedoch dagegen, einzelne Stücke herauszugreifen und sie vorweg der Öffentlichkeit preiszugeben. Die Akten sollten in ihrer Gesamtheit durchgearbeitet und dann ohne Rückhalt, ohne Vertuschung oder Beschönigung im Zusammenhang herausgegeben werden.¹⁾

Das eigenmächtige bayerische Vorgehen durchbrach in unerträglicher Weise diese auch von Kautsky anerkannten wissenschaftlich und politisch einwandfreien Grundsätze. Es war von ganz anderen Gesichtspunkten und Zwecksetzungen getragen.

5.

Die Politik Eisners verfolgte ein doppeltes Ziel, nach außen und nach innen. Nach beiden Richtungen blieb ihr der Erfolg versagt. Die Alliierten, statt das Schuldbekenntnis als Sühne hinzunehmen, benützten es im Gegenteil, um ihre grausame Härte gegen Deutschland zu rechtfertigen. Und im eigenen Lande gelang es Eisner nicht, die „Reaktion“, die angeblich in den Reichsämtern ganz gemächlich mitregierte, „in die Luft zu sprengen“ und das Reichsregiment in die Hände der Münchener Revolutionsführer zu bringen. Vielmehr erhob sich alsbald überall der Widerstand gegen sein Verfahren.

In der Berliner Beratung der deutschen Ministerpräsidenten am 25. November scheiterte der bayerische Sturmangriff auf die Reichsleitung, so nachdrücklich Eisner sich auch auf seine vermeintlich bessere Kenntnis der Stimmungen und Absichten

¹⁾ Vgl. Seite 51; IV Nr. 2. — Seite 64; IV Nr. 15.

der Entente berief, wie er sie aus den Meldungen seiner Gewährsmänner in der Schweiz zu haben glaubte¹⁾).

Die große Mehrheit wandte sich mit guten Gründen gegen sein Vorgehen. Sie verwarf den bayerischen Antrag, ein bundesstaatliches Reichsdirektorium, in dem Eisner den bestimmenden Einfluß zu erlangen hoffte, mit der Einleitung der Vorfriedensverhandlungen zu betrauen. Die von der Versammlung beschlossenen Richtlinien betonten vielmehr, daß die auswärtige Politik für ganz Deutschland in der Hand der Reichsleitung zusammengefaßt bleiben und von ihr einheitlich geführt werden müsse.

Das Ergebnis der Tagung bedeutete für die bayerische Staatsleitung einen zweifellosen Mißerfolg. Unbefriedigt und in Unfrieden schied der Ministerpräsident von Berlin. Sein Gesandter Muckle richtete alsbald eine Art Ultimatum an die Reichsregierung. Darin wurde angedroht, daß die bayerische Regierung jeden Verkehr mit dem Auswärtigen Amte abbrechen würde, wenn ihren Forderungen nicht stattgegeben würde. Noch ehe überhaupt eine Antwort der Reichsregierung erfolgt war, vollzog Eisner den Bruch durch ein in München sofort in die Presse gegebenes Telegramm nach Berlin (27. November), worin er jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes ablehnte²⁾).

Die deutsche Öffentlichkeit wußte im ersten Augenblicke nicht recht, was sie von diesem höchst merkwürdigen Schritte halten, ob sie ihn ernst nehmen oder belächeln sollte. Er hatte aber doch sehr seine ernste Seite. Es schien nicht von vornherein unmöglich, daß die starke partikularistische Strömung in Bayern zu einer zeitweisen Trennung des Landes vom Norden führen könnte. Es war also bedenklich, wenn die Führung der bayerischen Republik in der Lage blieb, weiterhin auswärtige Politik auf eigene Faust zu machen, wozu in den eigenmächtigen Aktenveröffentlichungen bereits ein wenig erfreulicher Anfang gemacht war.

Man verstehe nicht recht, so meinte der „Vorwärts“, warum von München aus der Boden gar so „überstampft“ werde: „Mißtrauische glauben schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichszertrümmerung einen Frieden erkaufen.“

¹⁾ Seite 66 ff.; V Nr. 1.

²⁾ Seite 71; V Nr. 2. — Seite 72; V, Nr. 3.

So standen die Dinge aber nicht. Zwar sprang der Vollzugsausschuß des Münchener Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates dem Ministerpräsidenten noch mit einer scharfen Kundgebung gegen Erzberger, Solf, David und Scheidemann bei. Allein der Höhepunkt der bayerischen Sonderaktion war erreicht. Es ging nun rasch und entschieden damit abwärts. Das Land verweigerte, wie die Pressestimmen aus allen Parteilagern mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialisten deutlich anzeigten, die Gefolgschaft. Sie fand auch im Ministerrat, den Eisner in diesen Dingen überhaupt nie rechtmäßig befragt hatte, keinen Rückhalt.

Um so lebhafter wurde der Widerstand, je mehr Eisner sich auf seine Anschauungen versteifte, je mehr er auf seinem Schein bestand, und je mehr seine Verheißungen sich als unwahrscheinlich erwiesen.

Die gewichtigen Einwände der Reichsregierung gegen die Veröffentlichung der bayerischen Aktenstücke¹⁾ fanden, abgesehen von Eisners engerem Kreise, überall Zustimmung. Als die erste Bestürzung vorbei war, erkannte die Öffentlichkeit, daß mit derartigen bruchstückhaften Mitteilungen der Wahrheit nicht gedient, sondern nur den Feinden Stoff geliefert werde für ihr Vorhaben, an Deutschland erbarmungslose Rache zu nehmen. Man billigte es, daß die Berliner Regierung entschlossen gegen die sogenannten Enthüllung auftrat, die Scheidemann einen Keulenschlag gegen Deutschland und sein Volk nannte. Es war ganz in der Ordnung, daß das Auswärtige Amt im Namen der geschichtlichen Wahrheit gegen die tendenziöse Ausbeutung des von Eisner gebotenen Stoffes durch das feindliche Ausland Verwahrung einlegte!

Die aufklärenden Erwiderungen früherer deutscher Staatsmänner, insbesondere des ehemaligen Kanzlers Bethmann Hollweg²⁾, trugen viel dazu bei, die richtige Erkenntnis zu fördern und den Widerspruch gegen die Münchener Sonderpolitik zu stärken.

Dabei ahnte die Öffentlichkeit damals noch nicht im entferntesten, wie sehr der wirkliche Inhalt der von Eisner benützten Dokumente durch die von ihm vorgenommenen Kürzungen zungunsten Deutschlands entstellt worden war!

¹⁾ Seite 51; IV Nr. 2. — Seite 58; IV Nr. 6. — Seite 59; IV Nr. 7.

²⁾ Seite 53, 54; IV Nr. 4, 5.

Das Mißtrauen gegen die revolutionäre Außenpolitik brach schließlich sogar in den Tagungen der bayerischen Räteorganisationen durch, obwohl die Münchener Radikalen sich als Verteidiger vor ihren Führer stellten und dabei blieben, daß seine Politik den Vorrang im Reiche verdiene, und daß der Friede durch Vermittlung Bayerns kommen müsse.

Eine in der Sitzung des Landessoldatenrates vom 1. Dezember bestellte Kommission ließ sich zwar davon überzeugen, daß Eisners Bemühungen nützlich seien, nicht aber davon, daß sie bei der Entente mit Sicherheit einen Erfolg versprächen¹⁾. Im Ministerrate zu München gab es scharfe Auseinandersetzungen. Im provisorischen bayerischen Nationalrate (13. bis 18. Dezember) wurde dem Ministerpräsidenten auch von den Mehrheitssozialisten und von einem Pazifisten, wie Professor Dr. Quidde, auf den Kopf zugesagt, daß er mit seinen wirklichkeitsfremden Illusionen und mit seinem Gebaren gegenüber Clémenceau einen vollen Mißerfolg erlitten und das Vaterland erniedrigt habe. Wir sollten, so erklärte Quidde, in diesen Tagen des schweren nationalen Unglücks, wo die ganze Welt danach trachtet, uns niederzudrücken, „stolzer als je und erhobenen Hauptes als Deutsche dem Auslande gegenüberzutreten. Lassen Sie mich Ihnen das als Pazifist sagen“²⁾.

Die Erwiderungen des schwer angegriffenen Ministerpräsidenten klangen, obwohl er zähe auf seinem Standpunkte beharrte, matt und resigniert und entbehrten der beißenden Schärfe, die er sonst im Übermaße für seine Widersacher zur Verfügung hatte. Auch in dem Streite um die Frage der Landtagswahl und um die deutsche Nationalversammlung, in dem er sichtlich auf der Seite der Räteorganisationen stand, welche die Wahlen verhindern wollten, zog er schließlich den Kürzeren. Er mußte den Dingen ihren Lauf lassen und sich mit der Aussicht begnügen, gegebenenfalls den Landtag mit Hilfe der Räte in Schach zu halten.

Der Streit mit Berlin ging zu Ende, als die Reichsleitung einen Vermittlungsvorschlag des bayerischen Gesamtministeriums, der eine nochmalige Nachprüfung der strittigen Punkte wünschte, rundweg ablehnte und darauf verwies, daß die Entscheidung in der Berliner Sitzung der deutschen Ministerpräsidenten vom

¹⁾ Seite 79—81; V Nr. 12.

²⁾ Seite 83—85; V Nr. 17.

25. November endgültig getroffen worden sei. Ohne weitere Gegenäußerung nahm man in München diesen Bescheid hin. Man fügte sich, und die Reichsgewalt behielt die Oberhand. Davon, daß der bayerische Volksstaat im Reiche die Führung nehmen, daß München zum politischen Vorort Deutschlands werden müsse und daß der Friede nur über Bayern kommen könne, war ernsthaft nicht mehr die Rede.

Auch hat Eisner der Enthüllung vom 23. November keine weiteren folgen lassen, obwohl er ursprünglich solche angekündigt hatte. Er rechtfertigte diese Unterlassung damit, daß die Reichsregierung selbst die schleunige Herausgabe der deutschen Urkunden übernommen hätte. Ein Hauptgrund war aber doch wohl, daß die Hoffnung, mit solchen Manövern die Reichsleitung aus dem Sattel zu heben und selbst die Geschicke Deutschlands in die Hand zu bekommen, geschwunden war.

Die schwerwiegenden Wirkungen und Folgen der außenpolitischen Handlungen des Ministerpräsidenten waren mit seinem Verzicht allerdings nicht aus der Welt geschafft.

6.

Die Franzosen verfolgten begreiflicherweise die Vorgänge in Bayern mit größtem Interesse. War doch diesem Lande in den Plänen des neufranzösischen Imperialismus eine besondere Rolle zgedacht. Mit Hilfe dieses Staates, der gleich den anderen kleineren süddeutschen Staatsgebilden aus dem Rheinbund Napoleons I. hervorgegangen war, hoffte man in Paris die Möglichkeit einer Rückkehr zu ähnlichen politischen Gestaltungen in dem niedergeworfenen, von blutigen inneren Wirren durchwühlten, von Not, Hunger und Feindesmacht gepeinigten Deutschland herbeiführen zu können.

Die Münchener revolutionäre Sonderpolitik rief bei den auf die Zerstückelung und Verkrüppelung Deutschlands bedachten Eroberungspolitikern an der Seine und in ihrer Presse nicht geringeres Entzücken hervor als die Sonderbündelei verräterischer Separatisten im Rheingebiet. War diese dem französischen Plane der Rheingrenze dienlich, so konnte jene dem äußersten Ziele der „Zerschmetterung des deutschen Blocks“ näherführen. In diesem Sinne den Föderalismus in Deutschland zu begünstigen, sah schon das französische „Friedensprogramm“ vom November

1918 vor. Der Gedanke, die politische Struktur Deutschlands aufzulösen oder mindestens zu lockern, lebte ständig in den Köpfen der französischen Unterhändler in Versailles und tauchte wieder und wieder in den Erörterungen der Friedenskonferenz auf¹⁾. Hand in Hand damit ging das hartnäckige Streben, Deutschland um jeden Preis auch ökonomisch so zu schwächen, daß es in keiner noch so fernen Zukunft je mehr imstande sein würde, seine wirtschaftliche Stellung von ehemals wieder zu erlangen.

Gelang es, den „Föderalismus“ Eisners und Foerstern zu verwirklichen, so konnten die Franzosen wahrlich zufrieden sein. Von dem ihnen und diesen beiden gleichmäßig verhaßten Reichsbau Bismarcks blieb dann kein Stein mehr auf dem andern. Was lag für Frankreich näher, als der Politik des revolutionären Freistaates Bayern mit allen Mitteln Vorschub zu leisten?

Was lag andererseits näher als die Annahme, Eisners Schuldbekennnis könnte mit diesem Willen in Zusammenhang stehen? Er selbst rühmte sich mehr als einmal seiner Beziehungen zu dem „großen französischen Patrioten“ in Paris, der „auch ein Dichter“ sei. Der geheimnisvolle „intime Vertraute“ Clemenceau's, der in Foersterns Schweizer Berichten eine so gewichtige Rolle spielt, hatte es dem bayerischen Ministerpräsidenten offenbar so angetan, daß ihm seine leichtbeschwingte Phantasie auch hier einen Streich spielte. Nach dem, was ihm sein Berner Gesandter mitgeteilt hatte, hielt er sich für berechtigt, auch in der deutschen Staatenbesprechung vom 25. November vor seinen Ministerkollegen als besser unterrichteter Kenner der auswärtigen Lage aufzutreten. Indem er sich mit besonderer Betonung auf „direkte Berichte zuverlässiger Mitarbeiter“ berief, entwickelte er da weitgehende Auffassungen über die Bereitwilligkeit der Alliierten, Deutschland mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu versorgen und ihm einen erträglichen Frieden zu gewähren, vorausgesetzt, daß das deutsche Volk den neuen Geist bewähre und reumütig Buße tue²⁾.

¹⁾ Authentische Mitteilungen bei R. St. Baker: Woodrow Wilson. Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles, 2. Bd. S. 12 f.

²⁾ Seite 67 f. V 1. — Statt der im Waffenstillstandsverträge zugesicherten Lebensmittelversorgung bekam das deutsche Volk die Geißel der Hungerblockade zu spüren, die furchtbare Verheerungen anrichtete. In seinem Wilsonbuche schildert R. St. Baker anschaulich, wie gerade der „große französische Patriot“, auf den Eisner und Foerster bauten, unerbittlich jede Milderung hintertrieb und den Hungerzwang als systema-

Als er den Beamten der Berliner bayerischen Gesandtschaft den Zweck seiner Urkundenveröffentlichung auseinandersetzte, bemerkte er ausdrücklich, Clémenceau habe ihn auf dem Umwege über den bayerischen Gesandten in der Schweiz wissen lassen, daß eine rückhaltlose Bloßstellung der früheren deutschen Machthaber die erste Vorbedingung für eine Versöhnung der Völker sei¹.) Die drei Weltgewaltigen Clémenceau, Lloyd George und Wilson erklärte er bei dieser Gelegenheit für die größten Idealisten, die nicht daran dächten, das deutsche Volk zu vernichten.

Als gegen diesen Optimismus Einwendungen und gegenteilige Ansichten laut wurden, sprang Eisner auf und rief: „Derartige Dinge werden von den Gegnern der Revolution in die Welt gesetzt, um die berechtigte Wut des Volkes, die sich sonst gegen sie richten würde, auf die Entente abzulenken. Ich habe das größte Zutrauen zur Entente und lasse mich darin nicht irre machen.“

Da auch der bayerische Geschäftsträger Dr. Muckle einem Pressevertreter gegenüber die Beziehungen Foerstlers zu Paris hervorhob²), mußte die Meinung entstehen, daß der „alte Tiger“ höchstselbst irgendwie die Pranken im bayerischen Spiele habe. In einer Erklärung stellte das Auswärtige Amt warnend vor Augen, dem französischen Staatsmanne komme es nur darauf an, Deutschland durch ein künstliches Schuldzeugnis vor aller Welt ins Unrecht zu setzen. Nur wer sich von dem Charakter Clémenceaus ein ganz falsches Bild mache, könne auf den schrecklichen Irrtum verfallen, daß man ihn auf solche Weise milder stimmen könne und rascher zum Frieden gelangen werde.

Durch diese amtliche Berliner Auslassung, die auch in Bayern große Beunruhigung hervorrief, sah sich der Berner Gesandte in ein eigentümliches, wenig vorteilhaftes Licht gesetzt und zu einer öffentlichen Rechtfertigung veranlaßt. Er bekannte sich zwar zur Politik des Schuldbewußtseins und der Bülberstellung, und gab zu, einen allgemeinen Rat erteilt zu haben, die Vorgeschichte des Krieges zu enthüllen. Doch habe er dafür keinerlei

tisches Mittel für die französischen Pläne benützte. (Baker, Woodrow Wilson 2. Bd. S. 263 ff.)

¹) Aussage des ehemaligen Legationssekretärs Freiherrn von Soden im Münchener Prozeß um die Schulddokumente, April/Mai 1922. Stenographischer Verhandlungsbericht. (Siehe den Aufsatz in den Ergänzungen und Nachträgen!)

²) Seite 60f. Nr. 7, 8.

Anregung vom Auslande empfangen, auch nicht eine solche nach München gelangen lassen.

Den Vertrauensmann Clémenceau's, der durch die Indiskretion Muckles so unversehens ans Tageslicht gezogen war, übergang Foerster ganz nach der Art der von ihm sonst so wenig geschätzten zünftigen Diplomatie mit verhüllendem Stillschweigen. Und die Agence Havas beeilte sich, mit einem Pariser Dementi beizuspringen. Clémenceau habe zu keiner Zeit und in keiner Form Beziehungen zu den offiziellen Agenten oder Sekretären Nord- und Süddeutschlands unterhalten, so daß keiner von der französischen Regierung habe inspiriert werden können.

In seinem Wilson-Buche erzählt R. St. Baker, Clémenceau habe seine diplomatischen Wegebereiter, so oft sie in eine Intrige verstrickt waren, regelmäßig desavouiert — falls es herauskam!¹⁾ Zu dieser Sorte von Ablegnungen gehört auch das vorstehende Dementi. Es ist durch Foersterns Geheimberichte mit ihren ganz bestimmten Angaben über den Mittelsmann Lügen gestraft.

Gewiß, ein Beleg dafür, daß dieser im Einverständnis mit seinem Pariser Patron das Schuldbekenntnis, das George D. Herron empfahl, geradezu hervorgehoben habe, liegt in den Münchener Akten nicht vor. Aber der Gedanke, daß dem Deutschen Reiche die Verantwortung für den Weltkrieg aufgebürdet werden müsse, und daß es in Sack und Asche Buße tun müsse, war Gemeingut des Foerster'schen Kreises in der Schweiz und der französischen Politik, mochten sich beide auch verschiedene Auswirkungen von seiner Verwirklichung erwarten. Es wäre verwunderlich, wenn ein Clémenceau nicht danach getrachtet hätte, ihn für die imperialistischen Zwecke Frankreichs zu nützen.

Wenn Foerster selbst später, im Mai 1922, aus Anlaß des damaligen Münchener Prozesses um die angeblichen bayerischen Schulddokumente, behauptete, er habe „niemals irgendeine Fühlung mit Clémenceau gehabt“²⁾, so ist das mit seinen Geheimberichten schlechterdings nicht in Einklang zu bringen. Hat der Mittelsmann die gewichtige Rolle, in der er in diesen Berichten erscheint, gespielt, so bestand eben die Fühlung mit Clémenceau.

¹⁾ R. St. Baker: Woodrow Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles 2. Bd. S. II.

²⁾ Vossische Zeitung, 3. Mai 1922.

Das kann durch abschwächende Erläuterungen des Berichtschreibers nicht mehr aus der Welt geschafft werden.

Der ganze Sachverhalt gestattet auch nicht, daß Foerster nachträglich jede Mitverantwortung für die Tat Eisners ablehnt. Nun will er auf einmal diese Sonderaktion nicht gewünscht, sondern eine deutsche Gesamtkundenpublikation im Sinne gehabt haben, wie sie von der Reichsregierung tatsächlich eingeleitet und durchgeführt worden ist¹⁾. Der Eindruck, den man aus seinen Geheimberichten gewinnt, ist ein ganz anderer. Er drängte darin immer wieder auf die Bahn einer bayerischen Sonderpolitik, zu der das dokumentarische Schuldbekennnis als unlöslicher Bestandteil gehörte.

Auch stimmt zu seinen späteren Angaben die Tatsache ganz und gar nicht, daß er die Leute von der „Freien Zeitung“, die Fernau, Grelling, Muehlon den deutschen Regierungen als Aufklärer in der Schuldfrage empfahl²⁾. Von ihnen, die Seite an Seite mit der Propaganda der Alliierten schon während des Krieges Deutschland aufs feindseligste mit allen Mitteln bekämpft hatten, war keinesfalls eine sachliche Behandlung dieses schwierigen Problems zu erwarten, wie sie die wissenschaftlich mustergültige amtliche deutsche Aktenpublikation durchgeführt hat.

II

Die urkundlichen Unterlagen.

Der Enthüllung vom 23. November 1918 lagen folgende vier, aus den bayerischen Akten hervorgeholte Dokumente zugrunde³⁾:

1. Der Bericht des bayerischen Geschäftsträgers in Berlin, des Legationsrates Hans von Schoen an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen von Hertling vom 18. Juli 1914. In der Veröffentlichung Eisners bruchstückweise, mit wesentlichen Auslassungen und fälschlich als Bericht des Gesandten Grafen Lerchenfeld wiedergegeben.
2. Eine Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914, in München abgenommen um 7⁴⁷ früh. Hieraus wurde ein Satz entnommen.

¹⁾ Ebenda.

²⁾ Seite 89; V Nr. 18.

³⁾ Seite 3—16.

3. Eine zweite Fernsprechmeldung vom gleichen Tage, in München abends 8 Uhr abgenommen. Wörtlich abgedruckt.
4. Ein Bericht des Grafen Lerchenfeld, Berlin 4. August 1914. Daraus wurde eine Stelle über Belgien angeführt.

Der sachliche Zusammenhang und der geschichtliche Ablauf der in den Berichten und Meldungen behandelten Vorgänge war in der die Stücke lose aneinanderreihenden Veröffentlichung nicht näher ersichtlich gemacht. Gleichwohl war ein verbindender Gedanke da. Es sollten offenbar bestimmte Brennpunkte und Verhältnisse der europäischen Hochspannung vor Kriegsausbruch beleuchtet werden, in denen nach den Angaben der feindlichen Propaganda und nach der Meinung von Eisner und seinen Gleichgesinnten die Schuld Deutschlands besonders grell zum Vorschein kommen soll.

Drei hauptsächliche Anklagen sind schon während des Krieges immer wieder der deutschen Regierung ins Antlitz geschleudert worden: 1. Deutschland hat Österreich-Ungarn zur kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien angetrieben in der vorbedachten Absicht, dadurch Europa in den von den Mittelmächten planmäßig vorbereiteten Weltkrieg hineinzustürzen. Berlin sei es gewesen, das durch seine Einwirkung in Wien dem österreichisch-ungarischen Ultimatum vom 23. Juli seinen unannehmbaren Inhalt und seine Schroffheit gegeben habe. 2. Deutschland hat während der ganzen Krise im Juli und Augustanfang 1914 alle Vermittlungsversuche, besonders diejenigen Großbritanniens, mit listiger Bosheit hintertrieben. 3. Deutschland hat ohne zwingende Not, aus brutaler Eroberungssucht, Belgien überfallen und vergewaltigt.

Bekanntlich zog man zum Beweise für diese Anschuldigungen namentlich auch die einseitigen Enthüllungen des früheren Kruppbeamten Muehlon und die durch Fahrlässigkeit bekanntgewordene, nichts weniger als einwandfreie Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, des ehemaligen Botschafters in London, heran. Eisner kannte diese Schriften, er hatte sie ebenfalls noch während des Krieges benützt, um die deutsche Regierung bei seinen Anhängern als Kriegshetzerin erscheinen zu lassen und so seine revolutionären Zwecke zu fördern.¹⁾

¹⁾ Die für private Zwecke verfaßte Denkschrift Lichnowskys wurde noch während des Krieges von Moritz Ritter mit Hilfe der amtlichen Akten in den entscheidenden Punkten wiederlegt und auf ihren wahren

Aus den unter 1—3 bezeichneten Aktenstücken glaubte er nun neue sichere Beweise für den verbrecherischen Kriegswillen der früheren Berliner Machthaber und die erwähnten Anschuldigungen entnehmen zu können. Ein Satz aus dem vierten Dokumente sollte zur besseren Wirkung nochmals den an Belgien verübten Neutralitätsbruch unterstreichen.

Um sicher zu gehen, ließ sich Eisner verleiten, an den Vorlagen Kürzungen und Änderungen vorzunehmen, durch die der Inhalt und Charakter der Aktenstücke aufs schwerste entstellt wurde.

Wir werden uns in Kürze klar zu machen haben, ob die Dokumente, in ihrem Wortlaute betrachtet, die ihnen zugeschriebene Beweiskraft besaßen, wie sie sich im Zusammenhang der sonstigen Aktenlage ausnehmen und wie sie in der Form wirkten, in der sie publiziert wurden.

Der Bericht vom 18. Juli.

Gesandtschaftsberichte bedürfen, bevor sie als geschichtliche Zeugnisse verwendet werden, einer kritischen Untersuchung ihres Inhaltes. Das bedeutet keinen Vorwurf für die Berichterstatter. Diese müssen ihre Regierungen möglichst rasch unterrichten und können unmöglich immer und in allem die Tatsachen und Zusammenhänge sofort richtig sehen und wiedergeben. Sie werden zuweilen auch über Stimmungen, Meinungen, einzelne Äußerungen usw. schreiben, die an sich wissenswert und bezeichnend sein mögen, aber in der Entwicklung der Geschehnisse keine wesentliche und bestimmende Rolle spielen.

Auch der Bericht des Herrn von Schoen befaßt sich nicht etwa ausschließlich mit den tatsächlichen Vorgängen. Er bezieht sich, wie das Auswärtige Amt in seiner Erklärung am 25. November 1918 betonte¹⁾, auch auf „Meinungen und Spekulationen“, von denen einzelne amtliche Berliner Persönlichkeiten in bezug auf

Wert zurückgeführt. Es ergab sich, daß sie von Irrtümern und von persönlichen Stimmungen und Auffassungen des Schreibers in einem Maße durchsetzt ist, daß sie den Charakter einer sachlichen Quelle fast ganz einbüßt. (Ritter, Der Ausbruch des Weltkrieges nach den Behauptungen Lichnowskys und nach dem Zeugnis der Akten. Sept. 1918). — Ebenso sind Muehlons, auf Gespräche mit Helfferich, Krupp und Jagow gegründete Erzählungen als mißverständliche oder unzutreffende Ausmünzung vertraulicher Äußerungen dargetan worden.

¹⁾ Seite 51; IV Nr. 2.

den Verlauf der Krise und die vermutliche Haltung der Entente beherrscht wurden¹⁾).

Er bietet auch keine unmittelbaren Nachrichten aus allererster Hand. Der Verfasser selbst nennt einleitend seine Informationsquellen: den Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann und den Sachreferenten für Balkan- und Dreibundangelegenheiten im Auswärtigen Amte, ferner den österreichisch-ungarischen Botschaftsrat in Berlin. Gewiß Persönlichkeiten, die im allgemeinen als gut unterrichtet gelten konnten, die aber doch nicht zu den unmittelbaren und verantwortlichen Trägern der Handlung gehörten, wie etwa der Reichskanzler. Aus der Verschiedenheit der Nachrichtenquellen erklären sich zwanglos manche scheinbare und wirkliche Widersprüche des Gesandtschaftsschreibens.

Mit Recht sprach denn auch der ehemalige Staatssekretär Zimmermann in seiner Entgegnung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 29. November²⁾ von einem Stimmungsberichte mit subjektiv gefärbten Stellen, dessen Verfasser doch nicht in die Vorgänge intim genug eingeweiht war, um ein objektiv zuverlässiges Bild der Lage zu geben. Man kann mit gutem Grunde beifügen, daß auch schon Zimmermanns Informationen, die Herr von Schoen für seinen Bericht verwertete, in mancher Hinsicht eine subjektive Färbung erkennen lassen.

Vom Standpunkt der historischen Gewissenhaftigkeit und Gerechtigkeit aus mußte es als nicht angängig erscheinen, den Bericht aus den Akten herauszugreifen und für sich der Öffentlichkeit preiszugeben, bevor nicht sein Inhalt durch Vergleich und Zusammenstellung mit anderen unmittelbaren Zeugnissen kritisch geprüft und gewürdigt war. Noch viel weniger durften, wie in Eisners Publikation, wesentliche Bestandteile in Wegfall kommen, ohne daß der Inhalt dieser ausgelassenen Stellen durch entsprechende Hinweise unzweideutig kenntlich gemacht wurde.

Der Bericht befaßt sich mit der „Aktion Österreichs gegen Serbien“. Darauf und auf die damit zusammenhängenden Balkanverhältnisse ist der weitaus größte Teil seiner Darlegungen gerichtet.

¹⁾ Vgl. zum Folgenden auch den Aufsatz Schoens: Die Entstellung der Wahrheit durch Eisner; Seite 93 f. — Ferner: Urteilsgründe im Münchener Prozeß um Eisners Schulddokumente (April/Mai 1922); Seite 193 f.

²⁾ Seite 56; V. Nr. 5.

Aus dem bevorstehenden Wiener Ultimatum, das bekanntlich zehn Punkte enthielt, weiß er nur drei Forderungen in Umrissen anzugeben: Mißbilligung der großserbischen Bewegung durch den serbischen König, Untersuchung der Mordtat von Serajewo unter Teilnahme eines österreichischen Beamten; Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren. Er kennt jedoch die allgemeine Tendenz der Wiener Politik, das Ultimatum so einzurichten, daß es mit der Würde eines souveränen Staates nicht vereinbar sein, daß also Serbien zur Ablehnung gezwungen sein würde. Die Donaumonarchie wollte in die Lage kommen, diesmal den ewig unruhigen südslawischen Störenfried mit bewaffneter Macht zur Genugtuung und zum Verzicht auf seine großserbischen Pläne zu zwingen.

Darüber läßt der Bericht keinen Zweifel. Aus dem Zusammenhang ergibt sich aber auch mit aller Deutlichkeit, daß Schoen mit seiner Bemerkung: „Die Folge wäre also der Krieg!“ nicht einen europäischen Kampf, sondern lediglich einen Waffengang zwischen der Donaumonarchie und Serbien meinte.

Mit starker Betonung und entschiedenen Wendungen wird die Bereitwilligkeit Deutschlands herausgehoben, dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zur Seite zu stehen, ihm auch freie Hand zu lassen für eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Serbien. Man ist sich in Berlin bewußt, daß im Hintergrunde des Unternehmens die Gefahr weiterer Verwicklungen und eines Krieges mit Rußland, dem Schützer Serbiens, auftauchen kann. Allein man gibt sich, das läßt der Bericht klar erkennen, der Erwartung hin, daß Österreich mit einem raschen und entscheidenden Schlag eine fertige Tatsache schaffen werde, bevor Rußland eingreifen würde, und daß der Streitfall auf die beiden Gegner beschränkt werden könne. Außerdem rechnet man damit, daß England, das der Donaumonarchie eine ausreichende Genugtuung gönnt, aber auch Frankreich, die Russen davon abhalten würden, das Schwert zu ziehen. Dabei gilt es für Berlin als eine selbstverständliche Voraussetzung, daß Österreich keine territorialen Erwerbungen erstrebe und die Unabhängigkeit des serbischen Staates nicht antaste.

In solchem Sinne wünscht die deutsche Reichsregierung, daß der Verbündete die Lage nütze und rasch und entschlossen handle, solange die allgemeine Empörung über die Bluttat von

XLII

Serajewo noch anhält und eine energische Sühne zuläßt. Es handelt sich für den Donaustaat, der der „kranke Mann“ Europas geworden ist, wie Zimmermann sagt, um eine Schicksalsstunde. Will er seinen Bestand als Großmacht retten, so muß er jetzt die südslawischen Umtriebe ein für allemal niederzwingen und seine arg erschütterte Stellung am Balkan einigermaßen wiedergewinnen.

Die im Berichte also geschilderte deutsche Einstellung nimmt sich gewiß schroff aus. Allein die Darstellung Schoens läßt deutlich genug erkennen, daß es sich bei alledem um nichts weniger als um die Absicht handelte, einen europäischen Krieg zu entfesseln. Im Gegenteil! Die Berliner Regierung will, sobald das Ultimatum ergangen ist, auch diplomatisch eingreifen, um den Konflikt auf seinen Herd zu beschränken, ihn zu lokalisieren. Ausführlich berichtet Schoen über diese Absichten und die Art ihrer Durchführung.

In Deutschland sind deshalb auch keine militärischen Sicherheitsmaßregeln in Aussicht genommen. Und Österreich erhält den Rat, jeden Anschein einer kriegerischen Haltung gegen den großen östlichen Nachbarn zu vermeiden und namentlich keine in Galizien stehenden Truppen zu mobilisieren, damit nicht russische Gegenmaßnahmen hergerufen werden und so der Stein in Europa ins Rollen komme.

Alles in allem: Aus Schoens Schilderung kann nicht entnommen werden, daß die Berliner Politik, indem sie Österreich beisprang, die Gefahr des Weltkriegs und diesen selbst absichtlich heraufbeschwören wollte. Man glaubte im Gegenteil, diese Gefahr zu bannen, wenn Österreich-Ungarn einen schnellen und entscheidenden Schlag gegen Serbien führte. Verschiedene wichtige Erwägungen und Gedankengänge, die in dem Berichte erwähnt werden, konnte nur jemand anstellen, der den Weltfrieden über die lokale Störung im Südosten hinweg erhalten wollte.

„Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren“, sagte Bethmann Hollweg in einer Erwiderung auf Eisners Publikation (27. November 1918) „war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Geseheitert ist unsere Absicht lediglich an Rußland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen.“

Man mag die Politik Berlins beurteilen wie immer, man mag finden, daß sie aussichtslos und verfehlt, ja leichtfertig und gefährlich war. Auch mögen bei ihrer Durchführung Mißgriffe vorgekommen sein. Allein von einem vorsätzlichen Kriegswillen, der ein Attentat auf den Weltfrieden vorhatte, war sie ganz gewiß nicht getragen.

In der gekürzten Wiedergabe des Schoen'schen Berichtes ist dieser Grundzug der deutschen Haltung bis zur Unkenntlichkeit verwischt. So ziemlich alles, was die deutschen Absichten in friedensfreundlichem Lichte erscheinen läßt, wurde gestrichen. Dagegen blieb stehen, teilweise durch Sperrdruck hervorgehoben, was von feindlicher Mißgunst gegen Deutschland ausgelegt werden konnte¹⁾.

Weggefallen sind insbesondere die Stellen, in denen die Lokalisierung des austro-serbischen Streitfalles als das eigentliche Ziel der Berliner Politik behandelt und in denen dargelegt wird, welche diplomatischen Schritte die Reichsregierung zu unternehmen gedachte, um ein Weitergreifen des Brandes zu verhüten. Weggefallen ist der Absatz, der von der Zuversicht der Wilhelmstraße spricht, daß Rußland nicht zum Schwerte greifen werde, wenn Österreich-Ungarn die staatliche Selbständigkeit Serbiens bestehen lasse. Was man in Berlin als selbstverständliche Notwendigkeit ansah! Ferner die Bemerkung, daß England die Donaumonarchie nicht hindern werde, ihren Widersacher zur Rechenschaft zu ziehen. Weggefallen schließlich der überaus wichtige Hinweis, daß die Mittelmächte keinerlei militärische Maßnahmen treffen wollten, die eine europäische Ausweitung des Konfliktes nach sich ziehen könnten. Ein untrüglicher Beweis dafür, daß man in Berlin zu dieser Zeit (18. Juli) überhaupt nicht mit der nahen Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen Krieges rechnete!

Kürzungen können auch bei solchen Veröffentlichungen von Urkunden zweckmäßig sein und unter Umständen notwendig werden. Doch müssen sie so eingerichtet werden, daß der Sinn und Zusammenhang des Ganzen nicht zerstört wird. Der übrig bleibende Auszug muß den wesentlichen Inhalt immer noch hervortreten lassen.

¹⁾ Vgl. Seite 94, 95; Seite 194, 195.

In diesem Falle sind aber, wie man sieht, ganze Abschnitte gestrichen worden, die geradezu das Leitthema des Schriftstückes enthalten. Eisner hat diesem seinen deutlicheren Teil genommen.

Dazu kam, daß darin fälschlich Graf Lerchenfeld als Verfasser des Gesandtschaftsberichtes genannt wurde. Eine bald darauf erfolgte Berichtigung drang nicht durch. Die Sache lief auch weiterhin unter dem irrigen Namen durch die Welt.

Ein Vergleich mit anderen, bei den Akten liegenden bayerischen Gesandtenberichten aus Berlin und Wien gibt übrigens sichere Fingerzeige, wie die Darstellung Schoens aufzufassen ist. In einem Schreiben vom 26. Juli 1914 kommt dieser selbst auf seine früheren Darlegungen mit folgender unzweideutigen Bemerkung zurück: „Die Meldung einiger Pariser Blätter, daß Deutschland bei der französischen Regierung eine Demarche unternommen habe, der der Charakter einer Drohung zukomme, ist durchaus unzutreffend. Die Reichsleitung hat vielmehr, wie ich es Eurer Exzellenz schon vor acht Tagen als ihre Absicht anzukündigen die Ehre hatte, in Paris, Petersburg und London gleichmäßig dahin zielende Schritte unternommen, daß die Mächte den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien als eine Angelegenheit betrachten, die diese beiden Staaten allein angehe und deshalb lokalisiert bleiben müsse“¹⁾.

Der Gesandte Graf Lerchenfeld kennzeichnet in einem Schreiben an den Grafen Hertling vom 29. Juli 1914 die Haltung Deutschlands mit dem einen treffenden Satze: „Die Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, daß der Alliierte mit einem Gewinn an Prestige aus der Sache hervorgeht, aber der Weltfriede erhalten bleibt“²⁾.

Auch diese Dokumente waren zur Verfügung, als die verstümmelnde Veröffentlichung des Schoen-Berichtes erfolgte. Nur Mangel an gutem Willen oder sträfliche Leichtfertigkeit konnte sie unbeachtet lassen.

* * *

Von erheblichem Belang sind für die Wertung der Eisner'schen Enthüllung die Kommentare, die Bethmann Hollweg und sein ehemaliger Unterstaatssekretär Zimmermann schon am

¹⁾ Seite 141; VI Nr. 29.

²⁾ Seite 159; VI Nr. 47.

27. und 29. November 1918 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gaben¹⁾). Beide sagten mit Recht, man könne den Inhalt des Gesandtschaftsberichtes Schoens nur dann zutreffend beurteilen, wenn man ihn richtig in den Zusammenhang des geschichtlichen Verlaufes einstelle, also mit in Betracht ziehe, wie die allgemeine Weltlage im Juli 1914 war, was sich vor Abfassung des Berichtes, also vor dem 18. Juli, und was sich danach, in den Wochen bis zum Ausbruche des Krieges, begeben hat.

Sie schildern die ungeheuer bedrohte, ja lebensgefährliche Lage, in die Österreich-Ungarn und mit ihm auch Deutschland im Jahre 1914 geraten war. Wodurch? Durch die Zusammenballung feindlicher Mächte: Das revanchelustige Frankreich im Bunde mit dem nach dem Besitze der türkischen Meerengen lüsternen Rußland, beide mit weltpolitischen Zielen, die schließlich nur durch einen Krieg zu verwirklichen waren. Beide ermutigt und voran getrieben durch die Unterstützung, die Großbritannien der Politik des Zweibundes seit langem zuteil werden ließ. Im Verein damit die aggressive russisch-serbische Balkanpolitik und die von Petersburg und Paris gestützte großserbische Bewegung, die die Donaumonarchie unterwühlte und mit Auflösung bedrohte. Wenn diese sich nicht aus der unerträglichen Anhäufung von Gefahren, die durch die Bluttat von Serajewo einen Höhepunkt erreicht hatte, mit einem kräftigen Ruck befreite, verlor sie ihre Großmachtstellung und ging dem Verfall entgegen.

Diese Situation wurde auch für Deutschland immer gefährlicher: „Man muß sich dabei daran erinnern,“ schreibt Bethmann Hollweg, „daß das große Programm des Präsidenten Wilson über den versöhnenden Völkerbund, das ja auch heute noch auf seine Verwirklichung wartet, jedenfalls damals noch keinerlei Geltung hatte, daß nationale Selbstbeschränkung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens durchaus noch nicht als allgemeines Gebot internationaler Moral angesehen wurde, daß vielmehr vielen ungehemmter Machtwille als nationale Tugend, und der Krieg als loyales Mittel zu seiner Betätigung galt. Ich meine, der russisch-japanische Krieg, der Buren-Krieg, der italienisch-tripolitanische Krieg sind dafür klassische Beweise. Mit diesen Zuständen mußte Deutschland rechnen, wenn es die Bedeutung

¹⁾ Seite 53; IV Nr. 4. — Seite 56; IV Nr. 5.

der serbischen Machenschaften gegen Österreich-Ungarn richtig einschätzen wollte, und das war der Grund, der einzige Grund, weshalb Deutschland dem Vorgehen gegen Serbien zustimmte. Duldete Österreich-Ungarn tatenlos seine weitere Unterminierung, so mußte Deutschland einem Zustande entgegensehen, wo es, sozusagen bündnislos, der auf die russische Allianz und die englische Freundschaft gestützten Revanchepolitik Frankreichs allein gegenüberstand“¹⁾

Die Behauptung, daß die Berliner Regierung das Wiener Ultimatum längst vor seiner Übergabe in Belgrad (23. Juli) in vollem Umfange gekannt, ja die Note selbst mit vorbereitet habe, wurde von Bethmann und Zimmermann und ist durch die deutschen Akten ins Reich der Entente-Fabeln verwiesen. Diese Behauptung kann auch nicht auf den Bericht von Schoens gestützt werden, der ja nur Bruchstücke der von Wien beabsichtigten Forderungen anführt. In Wirklichkeit erfuhr die Berliner Regierung den Wortlaut des Ultimatus erst am Tage vor seiner Übergabe in Belgrad. Sie war von der Schroffheit der Note peinlich berührt, hatte aber nicht mehr die Möglichkeit, eine Änderung herbeizuführen. Nun erwies es sich als ein Fehler, daß die deutsche Reichsleitung sich jeder Mitwirkung bei der Aufstellung und Fassung der Wiener Forderungen enthalten hatte, aus Rücksicht auf das Selbstgefühl der Hofburg und des Ballplatzes, und um die Hände für eine etwa notwendig werdende Vermittlung freizubehalten²⁾.

Vorher wußte man in Berlin und München von dem bevorstehenden Ultimatum nicht wesentlich mehr, als ungefähr gleichzeitig der Entente auch bekannt war. Die britische Botschaft in Wien hatte schon am 16. Juli an die Londoner Regierung gedrahtet, was man in Wien vorhatte. Und ein französischer Konsularbericht vom 20. Juli unterrichtete den Quai d'Orsay nicht

¹⁾ Eine sehr eingehende und schlagkräftige Darstellung dieser Zusammenhänge bot Bethmann in seiner dem Untersuchungsausschuß des Reichstags vorgelegten Denkschrift über die Entstehung der Krise von 1914. (Beilage 1 zu den Stenograph. Berichten des 1. Unterausschusses 1920. S. 18—20.)

²⁾ Deutsche Dokumente I, 106. — In Berlin war von der Note nur bekannt gewesen die Absicht, die Note auf 48 Stunden zu befristen, das Verlangen einer Regierungsabsage an die großserbische Bewegung, dann die Punkte 2, 4, 5, 6 in allgemeinen Umrissen. (Vgl. B. W. v. Bülow, Die Krisis. S. 52—54.)

nur über wichtige Punkte der in Aussicht stehenden Note sondern auch darüber, daß Österreich sich nicht mit einer diplomatischen Erledigung des Streitfalles begnügen, vielmehr unter allen Umständen mit den Waffen gegen Serbien einschreiten werde¹⁾.

Die Verbandsmächte konnten also rechtzeitig vorbeugend handeln, wenn sie das österreichische Vorgehen tatsächlich für eine so schwere Bedrohung des europäischen Friedens ansahen, wie sie später vorgaben.

Warum unterließen sie es? Wirkten die allgemeine Empörung über die Bluttat von Serajewo und das zügellose serbische Gebaren noch hemmend nach? War bei ihnen vielleicht doch noch das Bewußtsein lebendig, daß es sich bei dem geplanten österreichischen Vorgehen im Grunde um einen Akt der Verteidigung, um einen Gegenschlag gegen serbische Mordlust, Anmaßung und Überhebung handelte, wie wir sie in belgischen Gesandtenberichten so anschaulich gekennzeichnet finden? Oder ließen die Staatsmänner des Zweibundes den Dingen gerne freien Lauf, weil sich im weiteren Fortgang günstige Gelegenheit ergeben konnte, die eigenen, auf eine gründliche Umgestaltung der europäischen Landkarte gerichteten Pläne ins Werk zu setzen?

Die im Berichte Schoens vorkommende Meinung, als ob die Nordlandsreise des Kaisers und die Beurlaubung des deutschen Generalstabschefs gleichsam Manöver gewesen seien, um eine Unschuldsmiene aufzusetzen und über das Ultimatum überrascht tun zu können, wies Bethmann als unzutreffend zurück. Das hinderte die Versailler Schuldkommission der Entente allerdings nicht, auch diesen Punkt in ihrer Anklageschrift vom 29. März 1919 zu verwerten und daraus einen Beleg für die heimtückische Bosheit der kaiserlichen Regierung zu machen.

Erste Fernsprechmeldung vom 31. Juli.

Um Inhalt, Bedeutung und Verwertung dieses Dokuments²⁾ richtig beurteilen zu können, muß man sich nachfolgende Tatsachen und Zusammenhänge vergegenwärtigen, die sich mit voller Sicherheit aus den amtlichen deutschen und österreichischen Aktenpublikationen und aus den bayerischen Akten ergeben.³⁾

¹⁾ Englisches Blaubuch Nr. 161; Französisches Gelbbuch Nr. 14.

²⁾ Zusammenstellung der Urschrift und der Veröffentlichung Seite 13.

³⁾ Deutsche Dokumente Nr. 192, 293, 323, 328, 361, 377, 388, 395, 396, 433, 434, 448, 465. — Österreichisches Rotbuch 1919, Bd. III,

XLVIII

Solange Deutschland an seiner Lokalisierungspolitik festhielt, unterließ es folgerichtig, in den Streit zwischen Wien und Belgrad von sich aus einzugreifen. Als aber die Spannung zwischen der Donaumonarchie und Rußland bedenkliche Formen annahm, ließ Deutschland den britischen Ausgleichsversuchen seine Unterstützung.

Wenn es den Vorschlag Sir Edward Greys vom 26. Juli, den austro-serbischen Streit in einer Londoner Botschafterkonferenz der unbeteiligten Mächte zu schlichten, ablehnte, so bedeutete dies keineswegs, daß Berlin eine Vermittlung überhaupt verwarf. Vielmehr hat Grey selbst damals die deutschen Gegenstände gegen die Konferenz gewürdigt und den deutschen Vorschlag, den Ausgleich durch direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zu betreiben, als den bestmöglichen Weg anerkannt. Auch Sasonow stimmte der Konferenz nur bedingt zu und zog den Weg der direkten Besprechungen vor.¹⁾

Die serbische Antwortnote auf das österreichische Ultimatum, von der man in Berlin am Abend des 27. Juli genaue Kenntnis erhielt, gab dann den Anstoß zu einer gründlichen Umstellung der deutschen Politik. Man erkannte in Berlin, daß infolge des Eintretens Rußlands für den kleinen slawischen Bruder tatsächlich die Gefahr eines europäischen Kriegsgewitters bedrohlich heraufzog, und daß die bisherige Lokalisierungsabsicht nicht mehr durchführbar war.

Man vertrat außerdem die Auffassung, es sei dem österreichischen Bundesgenossen durch die serbische Antwort insoweit Genüge getan, daß er nun auch ohne kriegerische Aktion zu seinem Rechte kommen würde²⁾. Schon am 27. Juli hatte Berlin die englische Anregung, Österreich möge die serbische Antwort als Grundlage für Verhandlungen annehmen, nach Wien weitergeleitet. Nun forderte die deutsche Regierung von dem Bundesgenossen, er solle auf einen regelrechten Feldzug gegen seinen

Nr. 29, 44, 65, 79. — Deutsche Allgemeine Zeitung, 20. Mai 1919. (Bericht Schebekos, des russischen Botschafters in Wien, über seine Unterredung mit Berchtold am 30. Juli. — Bayerische Dokumente Seite 152—176; VI, Nr. 37, 40, 47, 52, 53, 54, 55, 57, 60, 61, 64, 66, 67, 68, 71.

¹⁾ Deutsche Dokumente Nr. 236, 248. — Engl. Blaubuch Nr. 36, 43, 53. — Russ. Orangebuch Nr. 32.

²⁾ Deutsche Dokumente Nr. 271, 292.

Widersacher verzichten und lediglich durch die Besetzung von Belgrad und Umgebung ein Faustpfand nehmen, um die Erfüllung der serbischen Verpflichtungen sicherzustellen, im übrigen aber sofort in Verhandlungen eintreten.

Von dieser Politik des Faustpfandes, die in der Tat einen Ausweg aus der sich immer mehr zuspitzenden Lage wies, ging die Reichsregierung auch nicht ab, als die Donaumonarchie am 28. Juli an Serbien den Krieg erklärte. Der deutsche Schritt gewann erhöhte Bedeutung dadurch, daß der leitende britische Staatsmann am folgenden Tage (29. Juli) sich den Gedanken eines begrenzten Vormarsches und des „Halt in Belgrad“ zu eigen machte und zugleich auf seinen Plan einer Vermittlung der vier unbeteiligten Mächte zurückkam. Bethmann Hollweg unterstützte die britische Anregung in Wien unverzüglich auf das nachdrücklichste. Als der Ballplatz sich wenig zugänglich zeigte und eine zögernde und ausweichende Haltung einnahm, ging der Reichskanzler in der Nacht vom 29. zum 30. Juli soweit, als es unter Bundesgenossen überhaupt möglich war, bis zur Grenze der Bündnisaufsage. Österreich lenkte zögernd ein, indem es die Vermittlung der Mächte grundsätzlich annahm, den abgerissenen Draht mit Petersburg wieder anknüpfte und seine Zusage, keine territorialen Erwerbungen anzustreben und die Selbständigkeit Serbiens unangetastet zu lassen, ausdrücklich erneuerte. So schien man dank den deutschen Bemühungen auf eine gute Grundlage zu kommen. Eine Unterredung Berchtolds mit Schebeko, dem russischen Botschafter in Wien (30. Juli) verlief zu beiderseitiger Zufriedenheit. In den Kreisen der Wiener Entente-Diplomaten sprach man bereits von einer „glücklichen und vielverheißenden Wendung.“ Aber in der Hauptsache, also in der Frage der Begrenzung des militärischen Vormarsches, blieb Berchtold dem deutschen Kanzler die Antwort schuldig.

Diese bedingte und halbe Erledigung war in einem Zeitpunkte, da die Spannung stündlich wuchs und alles zur Entscheidung drängte, in dem die russische Rüstung bereits als beginnende Gesamtmobilmachung zu erkennen war, ungenügend. Überdies zog Wien die Mitteilung seiner Entschließung unverantwortlich lang hinaus. Sie traf in Berlin und London erst am 1. August ein. Indessen waren die Würfel gefallen, Rußland hatte mit dem Gesamtaufgebot seiner Streitmacht den Krieg unvermeidlich ge-

macht. Daß dieser Gang der Dinge noch aufgehalten worden wäre, wenn das Wiener Kabinett die deutsch-englische Proposition voll angenommen hätte, muß in Anbetracht des russischen Kriegswillens als unwahrscheinlich gelten.

In der Zwischenzeit, am 30. und 31. Juli, harrte man in Berlin mit der größten Ungeduld auf die Antwort Österreichs. Die Reichsregierung befand sich in peinlicher Lage gegenüber London, das dringend Auskunft heischte. Der Anschein konnte entstehen, als ob sie die Vermittlungsangelegenheit nicht ernsthaft betreibe¹⁾.

In Wirklichkeit machte sie die größten Anstrengungen und hielt zugleich in Deutschland größere militärische Vorbereitungsmaßnahmen zurück, um den Gegnern keinen Anlaß zum Mißtrauen zu geben. Die Verkündigung des drohenden Kriegszustandes unterblieb bis zum 31. Juli nachmittag, obwohl die Lage infolge der russischen Mobilmachung und der französischen Rüstungen aufs äußerste gespannt war. Auf die volle Zustimmung Wiens zum deutsch-englischen Vorschlag richtete sich die Friedenshoffnung der deutschen Regierung²⁾.

Aus diesen Stunden bangen Wartens auf die Antwort des Wiener Ballplatzes stammt die von Eisner höchst unvollkommen veröffentlichte Meldung der Berliner Gesandtschaft. Sie ist aber keineswegs die einzige, die über diese wichtige Sache in München eingelaufen ist. Vielmehr enthalten die Akten rund ein halbes Dutzend Schriftstücke, die den Verlauf der Angelegenheit an den beiden kritischen Tagen (30. und 31. Juli) deutlich ersehen lassen³⁾.

Wer diese Reihe im Zusammenhang liest, ermißt ohne weiteres, welches Unheil die verstümmelte Fassung der einen Meldung anrichten mußte. Sie verhüllte die Wahrheit, ja verkehrte sie ins Gegenteil.

In dem Bericht wird eingangs von einer „gemeinsamen Demarche Deutschlands und Englands in Wien“ ge-

¹⁾ Dieser Vorwurf ist in der Tat von den Gegnern erhoben worden. Die Rücksicht auf den österreichischen Bundesgenossen verbot, ihn während des Krieges mit der nötigen Eindringlichkeit zurückzuweisen. Erst die Herausgabe der Wiener Akten im Jahre 1919 brachte volles Licht in die Angelegenheit (Österr. Rotbuch 1919, a. a. O. — Dazu Roderich Goos, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges).

²⁾ Vgl. Berichte Lerchenfelds vom 29. und 30. Juli. Seite 156, 162; VI Nr. 43, 52. — Siehe auch „Ergänzungen und Nachträge“ IV Seite 218. Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten.

³⁾ Siehe Seite 162f; VI Nr. 52, 54, 55, 60, 61, 66.

sprochen. In diesem Hinweise auf die vereinigten Bemühungen der beiden Mächte liegt der Kernpunkt der Meldung. Eben dieser fiel bei der Veröffentlichung unter den Tisch. Sie berichtete nur von der „Überzeugung“ Berlins, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden“.

Dieser von der Hauptsache losgelöste und vereinzelt wiedergegebene Satz mußte den Eindruck erwecken, daß es sich um eine einseitige Friedensaktion Englands gehandelt habe, von der man in Berlin nichts hielt, die man dort wohl gar unlieb empfand und geringschätzig behandelte, jedenfalls nicht unterstützte. Das Gegenteil war richtig.

Der bekanntgegebene Satz wurde denn auch von der Schulkommission der Alliierten in ihrem Gutachten vom 29. Mai 1919 in einer Deutschland abträglichen Weise ausgedeutet. In dem Berichte an den französischen Senat vom Oktober 1919 hieß es schon nicht mehr, daß Berlin von der Erfolglosigkeit des englischen Schrittes „überzeugt“ war, sondern daß es auf den Mißerfolg „hoffte“!

Aus dem Gesandtschaftsberichte des Grafen Lerchenfeld vom 30. Juli 1914 ersehen wir aber mit aller Deutlichkeit den wahren Grund, warum in Berlin die Erwartungen auf die Erhaltung des Friedens so herabgestimmt waren. Der Reichskanzler hegte die vollbegründete Sorge, daß Rußland, nachdem es einmal die Maschine seiner Mobilmachung in Gang gebracht, den Rückweg nicht mehr werde antreten können, selbst wenn Österreich den englischen Vorschlag annehmen würde¹⁾.

Der weitere Verlauf der Ereignisse hat dem Kanzler recht gegeben. Rußland griff als Erster zum Schwert, leitete mit seiner Mobilmachung den Krieg ein und brachte die diplomatischen Verhandlungen, die eben auf ein besseres Geleise gekommen waren, um den sonst noch möglichen Erfolg²⁾.

Die übrigen Dokumente.

Die beiden anderen Aktenstücke³⁾ reichen an Wichtigkeit an die eben behandelten nicht heran. Der von Eisner als Berliner „Stimmungsbild“ bekanntgegebene Fernspruch vom 31. Juli,

¹⁾ Seite 163; VI Nr. 55.

²⁾ Vgl. Berichte Lerchenfelds vom 31. Juli, Seite 174, 175; VI 70, 71.

³⁾ Seite 14, 15.

8 Uhr abends, berichtet über die an diesem Tage an den Zweibund ergangenen deutschen Sommationen, die häufig als Ultimata bezeichnet werden. Bekanntlich wurde Rußland aufgefordert, seine Rüstungen binnen zwölf Stunden einzustellen, Frankreich um Erklärung binnen 18 Stunden ersucht, ob es im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral zu bleiben gedenke¹⁾.

Dieser Schritt war die unmittelbare Folge der schon am 29. Juli eingeleiteten russischen Vollmobilmachung. Sie wurde am 30. Juli abends 6 Uhr verkündet, noch in der Nacht in Berlin bekannt und durch Drahtmeldung des Petersburger deutschen Botschafters gegen Mittag des 31. Juli bestätigt.

Sie bedeutete die Kampfansage an die Mittelmächte. Es konnte nicht mehr zweifelhaft sein, daß auch Frankreich in den Kampf eintreten würde. Der europäische Krieg war da, wenn nicht Rußland noch im letzten Augenblick stoppte. Mit ungeheurer Wucht drängte sich diese Erkenntnis auf. Weder friedlich klingende Versicherungen Sasonows und des Zaren, noch Pariser Diplomatenkünste vermochten die furchtbare Tatsache zu verhüllen²⁾.

¹⁾ Deutsche Dokumente 490, 491.

²⁾ Wie in Petersburg der Wille, die Krise in einem bewaffneten Zusammenstoß der beiden großen europäischen Mächtegruppen auslaufen zu lassen, die Oberhand gewonnen hat, wissen wir heute durch die Enthüllungen aus russischen Archiven und durch die Schrift des ehemaligen Chefs der Mobilmachungsabteilung des russischen Generalstabs, Generals Sergei Dobrorolski. Die Erinnerungen Paléologues, des damaligen französischen Botschafters in Petersburg, bilden eine lehrreiche Ergänzung hierzu.

Aus diesen und anderen Quellen erhellt auch der Wille Frankreichs, dem russischen Verbündeten unter allen Umständen mit den Waffen beizustehen. In der Nacht vom 30. zum 31. Juli konnte der russische Militärattaché in Paris auf Grund einer Mitteilung des französischen Kriegsministers nach Petersburg melden, die französische Regierung sei fest zum Kriege entschlossen. Sie gab sich, namentlich mit Rücksicht auf Parlament und Volk Englands, den Anschein friedlicher Haltung, riet aber dem russischen Freunde, seine Rüstungen insgeheim fortzusetzen. Entsprechend dem lange schon für den Kriegsfall festgesetzten Zweibund-Programm wollte sie, daß Deutschland vor der Welt als Angreifer erscheine, und daß deshalb die Kriegserklärung von ihm ausgehe.

Auch die für die militärische Bereitschaft Frankreichs nebensächliche Zurücknahme der französischen Truppen hinter eine Zehnkilometerzone entsprang eingeständenermaßen der Absicht, eine friedliche Haltung vorzutäuschen und dadurch der Londoner Regierung die Aufgabe zu erleichtern, dem britischen Volke Deutschland als Störenfried zu zeigen und es an der Seite des Zweibundes in den Krieg zu führen. (Vgl. Romberg, Fälschungen des russischen Orangebuches, bes. Seite 30, 36, 37, 38, 41,

Während der Kaiser von Österreich die Gegenmobilmachung befahl, hielt Deutschland auch jetzt noch mit dem Aufgebot seiner Heeresmacht zurück, ordnete vorerst den „Zustand drohender Kriegsgefahr“ an und tat den erwähnten diplomatischen Schritt. Er bot die letzte schwache Möglichkeit, dem Unheil Einhalt zu tun, wenn Rußland wollte. Auch die Briten konnten noch erweisen, ob hinter den auch in den ersten Augusttagen noch laufenden Vermittlungsaktionen wirklicher Ernst steckte. Großbritannien brauchte nur sein Wort gegen die überstürzte russische Mobilmachung und damit gegen den Krieg entscheidend in die Wagschale zu werfen. Nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil, gerade in diesem Hochstande der Krise gewannen die Zweibundmächte mehr und mehr die Gewißheit, daß England an ihrer Seite sein würde. Das gab bei ihnen den Ausschlag für die Entschlüsse, die den Waffenkampf unvermeidlich machten¹⁾.

Aus dieser Situation heraus, die, wenigstens was den Zweibund anlangte, am 31. Juli 1914 in Berlin in den Hauptumrissen erkennbar war, kam die obige Meldung der bayerischen Gesandtschaft. Kein Wunder, daß in ihr der Krieg als fast unvermeidlich erscheint. Die darin enthaltene Bemerkung, die deutschen Anfragen würden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden, kann niemand dahin deuten, daß Berlin die Ablehnung gewünscht habe. Auch dem Urheber der Veröffentlichung von 1918 hätte aus einem Vergleich dieses Telephonats mit anderen bayerischen Dokumenten klar werden müssen, daß die russische Mobilmachung es war, die in Berlin alle Hoffnungen auf den Nullpunkt herabgedrückt hatte²⁾.

Daß der deutsche Generalstab in dieser Lage, in der ein weiteres Hinhalten der deutschen Mobilmachung kaum noch zu

304. — Dobrorolski, Die russische Mobilmachung 1914. — Paléologue, Erinnerungen, Revue des deux mondes, Januar 1921. — Gelbbuch Nr. 106. — Deutsche Dokumente Nr. 380, 421. — Blaubuch Nr. 87. — Orangebuch Nr. 57. — Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 588).

¹⁾ Vgl. Blaubuch Nr. 85, 101. — Prawda Nr. 7, 9. März 1919, — Bericht an den französischen Senat 1919, S. 57 — Bericht des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg vom 30. Juli: „Heute ist man aber in Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen werde. Dieser Umstand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen“. (Nordd. Allg. Ztg. 12. Sept. 1914.)

²⁾ Vgl. Seite 174, Nr. 70.

verantworten war, auf eine möglichst rasche Klärung und Entscheidung drängte, war nur in der Ordnung. Gewiß trat in den leitenden militärischen Kreisen auch die Meinung auf, es sei besser, den Krieg jetzt aufzunehmen und rasch loszuschlagen. Man würde ihn sonst über kurz oder lang unter ungünstigeren Umständen doch aufgezwungen bekommen. Jetzt könne man Frankreich noch leichter überwältigen als später¹⁾. Aber hierdurch wird nichts an der Tatsache geändert, daß die verantwortlichen Reichsstellen bis zur äußersten Grenze des Möglichen bemüht waren, den Zusammenprall hintanzuhalten.

Da Rußland die deutsche Aufforderung unberücksichtigt ließ und Frankreich die nicht mißzuverstehende Antwort erteilte, es gedenke zu tun, was seine Interessen ihm geböten, folgten am 1. August das Heeresaufgebot in Deutschland, dem die französische Mobilmachung noch kurz zuvorkam. Ob es politisch klug war, dem von den Zweibundmächten herbeigegeführten tatsächlichen Kriegszustand durch die deutschen Kriegserklärungen vom 1. und 3. August eine formale Bestätigung zu geben, mag füglich bezweifelt werden. Keinesfalls aber steht den Gegnern ein Recht zu, hieraus und aus den ultimativen Anfragen vom 31. Juli gegen Deutschland den Vorwurf eines unbegründeten Angriffs oder gar Überfalls abzuleiten. Der Angreifer ist in diesem Falle nicht der gewesen, der den Krieg erklärte, sondern der ihn unvermeidlich machte und den Gegner dazu zwang.

* * *

Aus dem Berichte des Grafen Lerchenfeld vom 4. August 1919²⁾ entnahm die Veröffentlichung die Stelle, die von Belgien handelt. Der Generalstabschef von Moltke habe erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung der Neutralität Belgiens zu teuer erkaufte sei.

Mit der Wiedergabe dieser Berichtstelle wurde nichts „enthüllt“. Der Standpunkt der deutschen Heeresleitung und der Reichsregierung in der belgischen Sache war ja schon zu Beginn des Krieges im Reichstag und auch später wiederholt von Bethmann Hollweg in aller Offenheit dargelegt worden: Nach der

¹⁾ Vgl. Bericht Lerchenfeld, S. 176, Nr. 71; S. 187, Nr. 83.

²⁾ Seite 182, Nr. 80.

Ansicht des Generalstabes gab es im August 1914 aus dem lebensgefährlichen Notstand, in den das Vaterland durch den Zweifrontenkrieg geraten war und in dem es mit Vernichtung bedroht wurde, keinen anderen Ausweg, als den um Deutschland geschmiedeten eisernen Ring an der schwächsten Stelle zu durchbrechen, also mit aller Macht durch Belgien auf die französische Nordgrenze vorzustoßen. Die politische Reichsleitung fügte sich dieser von den Sachverständigen für unabweislich erklärten Notwendigkeit. Sie sicherte aber zu, daß der territoriale Bestand Belgiens nicht angetastet werden würde.

Es ist bekannt, welche überaus schweren politischen und moralischen Schädigungen Deutschland aus der Vertragsverletzung entstanden. Die feindliche Propaganda bürdete ihm eine weit über seine wirkliche Verantwortung hinausreichende Schuld auf und unterschob ihm insbesondere, daß es von vornherein einen Eroberungs- und Raubzug gegen ein friedliches Nachbarvolk beabsichtigt habe.

Im übrigen: England hatte es in der Hand, der belgischen Angelegenheit eine andere Wendung zu geben, wenn es Frankreich vom Kriege zurückhielt oder aber selbst die Zusage gab, dem Kampfe der Festlandsmächte fernzubleiben. Der Reichskanzler sagte am 3. August für den letzteren Fall zu, daß Deutschland sich jeden Angriffs auf die französische Kanalküste enthalten und im Falle eines Sieges weder französisches noch belgisches Gebiet behalten werde¹⁾.

Aber die Lenker der britischen Politik, die sich an die 1912 und 1914 getroffenen militärischen Verabredungen mit Frankreich und Rußland gebunden fühlten, wiesen derartige Angebote von sich. Sir Edward Grey versprach vielmehr Frankreich den Schutz seiner Kanalküste und seines Seehandels durch die britische Flotte, noch bevor ein deutscher Soldat den belgischen Boden betreten hatte²⁾. Auch die deutsche Kriegserklärung an Frankreich lag zu diesem Zeitpunkte (1. August) noch nicht vor. Der Londoner französische Botschafter Cambon erkannte sofort, daß diese Zusage den Eintritt Englands in den Krieg bedeutete. Er war sich nun sicher, daß in London „das Spiel für den Zweibund gewonnen

¹⁾ Blaubuch Nr. 85, 101. — Deutsche Dokumente Nr. 596.

²⁾ Blaubuch Nr. 148.

sei“¹⁾. Die britische Regierung war eben entschlossen, den Franzosen Waffenhilfe zu leisten und mit ganzer Macht den Kampf gegen Deutschland aufzunehmen. Die Verletzung der belgischen Neutralität bildete für sie den willkommenen Kriegsgrund, um diesen Kampf mit dem Bruche geheiligter Verträge zu begründen und in der britischen Welt volkstümlich zu machen²⁾.

Die Stelle über Belgien nahm Eisner wohl auch deswegen in seine Veröffentlichung auf, weil der darin vorkommende Ausdruck „Angriffskrieg gegen Frankreich“ dazu verlockte. Er erschien in Sperrdruck! Es liegt aber auf der Hand, daß diese Wortwendung in diesem Zusammenhange nur auf den nach bereits erfolgtem Kriegsausbruch unmittelbar bevorstehenden Waffengang mit Frankreich Bezug hatte. Der Berichterstatter wollte sagen, daß der deutsche Generalstab den westlichen Feind in einem raschen Angriffsverfahren niederzuringen beabsichtigte. Von einem Angriffskriege im diplomatischen Sinne des Wortes ist in diesem Schriftstücke nicht die Rede.

III

Die Wirkungen.

Der revolutionäre bayerische Ministerpräsident äußerte einmal in einer Rede, mit dem bayerischen Gesandtenberichte vom 18. Juli 1914 habe er bewiesen, „daß eine verbrecherische Horde von Menschen diesen Weltkrieg inszeniert hat, wie man ein Theaterstück inszeniert. Denn dieser Krieg ist nicht entstanden, er ist gemacht worden.“

Welch ein erschreckendes Unvermögen, die gewaltigen weltpolitischen Strömungen und Entwicklungen, die den europäischen

¹⁾ Cambon, Revue de France, 1. Juli 1921.

²⁾ Am 29. Juli Mitteilung Greys an Cambon, daß Deutschland im Kriegsfall nicht auf die britische Neutralität zählen könne; Auslauf der mobilisierten Flotte; „Warnungstelegramm“ an die gesamte bewaffnete Macht (Zustand drohender Kriegsgefahr). — Am 30. Juli beruhigende Zusicherung an Cambon hinsichtlich der militärischen Verabredungen von 1912. — Am 1. August Zusicherung des Küstenschutzes, tags darauf Beschluß des Ministeriums in diesem Sinne. Am Abend Einberufung der Flottenreserven. Am 3. August Ablehnung deutscher Angebote, 11^h Vormittags Mobilmachung des für das Festland bestimmten Expeditionskorps. (Vgl. franz. Gelbbuch Nr. 66, 108, 110. — Engl. Blaubuch Nr. 87, 113, 127, 137, 148. — Blaubuch II. S. 93ff. Deutsche Dokumente Nr. 676, 714.)

Krieg heraufgeführt haben, in ihrem geschichtlichen Zusammenhange zu begreifen! Die Presseorgane der unabhängigen Sozialisten und der Spartakusleute waren voll von ähnlichen Sinnlosigkeiten. Sie forderten stürmisch auch schärfste Sühne und unerbittliche Bestrafung für die nach ihrer Meinung nun voll aufgedeckte Tücke und Kriegswut der ehemals herrschenden deutschen Kreise. Auch die Scheidemann, David, Ebert, überhaupt die Mehrheitssozialisten, hielten sie für so schwer belastet, daß sie aus der Regierung des neuen Volksstaates verjagt werden mußten.

Im übrigen fand die durch den Zusammenbruch und den Umsturz aufs äußerste erregte öffentliche Meinung in Deutschland, wie schon weiter oben berührt, nach der ersten Verblüffung die richtige Einstellung. Man erinnerte sich, daß vieles, was von deutscher Seite schon gegen die Aussagen Muehlons und die Denkschrift Lichnowskys mit guten Gründen und Belegen vorgebracht worden war, auch für die Schlußfolgerungen zuträfe, die das feindliche Ausland aus der Münchener Veröffentlichung zog. Es ließ die sachlichen Einwände der deutschen Regierung und so gewichtiger Zeugen wie Bethmann Hollwegs unbeachtet. Es verstand sich auch nicht dazu, ein endgültiges Urteil über die deutsche Verantwortlichkeit erst dann zu fällen, wenn die von der Reichsleitung bereits angekündigte Veröffentlichung der gesamten deutschen Akten vorliegen würde. Man bemächtigte sich vielmehr unverzüglich des gebotenen willkommenen Stoffes und erklärte die Schuldfrage für endgültig gelöst. Die Deutschen selbst hätten die gründlichste Vorarbeit für die Urteilsfällung geleistet.

„Niemals in der Geschichte“, schrieb die „Westminster Gazette“, „wurde ein Verbrechen kaltblütiger und mit mehr Überlegung vorbereitet. Neben dieser kleinen Gruppe von Verschwörern in Berlin und Wien erscheint Napoleon in seinen schlimmsten Augenblicken als ein unschuldiger Mann. Es ist wahr, sie hatten einen anderen Krieg geplant, und der Kaiser konnte die Hand aufs Herz legen und erklären, er wünsche diesen Krieg nicht. Der Krieg, mit dem er rechnete, sollte Frankreich durch einen schnellen Schlag zu Boden werfen und Rußland durch eine rasche Bewegung erledigen, während Deutschland Europa die Bedingungen diktieren würde. Einen teuflischeren Plan hat es nie gegeben, niemals einen Plan, der auf so viele falsche Berechnungen gegründet war und so vollständig scheiterte. Jetzt ist es Sache der

Welt, die Urheber des Verbrechens der Gerechtigkeit zu überantworten.“

Die Toren, die gehofft hatten, daß die Alliierten ihren Zorn und ihre Härte auf die ehemalige kaiserliche Regierung und die früher herrschenden Schichten abladen und dem deutschen Volke als solchem, da es ja den Krieg nicht gewollt und gemacht habe, mit Schonung begegnen würden, die gehofft hatten, daß sie Bayern das Schuldbekenntnis danken würden, sahen sich grausam enttäuscht. Das deutsche Volk hat seine Regierung 1914 gewähren lassen, so schallte es aus dem feindlichen Lager herüber, es trägt insgesamt die Verantwortung, Bayern so gut wie Preußen und das übrige Deutschland. Das Journal des Débats verhöhnte den bayerischen Partikularismus, der um die Gunst der alliierten Mächte buhle.

In den Pressestimmen des Auslandes sah das Auswärtige Amt mit Recht den Beweis geliefert, daß durch die Münchener, aus dem Zusammenhang gerissene sogenannte Enthüllung die an sich schon schwierige Lage Deutschlands bei den Friedensverhandlungen ins ungemessene gesteigert werden würde.

Gleich bei der Eröffnung der Pariser Konferenz am 19. Januar 1919 gab der französische Staatspräsident Poincaré Leitthema und Ton für die Behandlung der Schuldfrage an. Es bestehe kein Bedürfnis mehr nach besonderen ergänzenden Akten über den Ursprung des Dramas. Die ganze von Blut überströmte Wahrheit sei bereits aus deutschen Archiven ans Licht getreten¹⁾: „Der vorbedachte und überlegte Überfall ist heute klar erwiesen. In der Hoffnung, die Vorherrschaft in Europa und dann in der ganzen Welt zu erobern, haben die durch geheimes Einverständnis fest miteinander verbundenen Zentralmächte den schmachlichsten Vorwand gesucht, um sich über die Leiche Serbiens den Weg nach dem Orient zu bahnen. Zu gleicher Zeit haben sie sich feierlichst vereinbart, um über die Leiche Belgiens hinweg die Vernichtung Frankreichs herbeizuführen.“

Nach gleichartigen Gesichtspunkten ist die vom 29. März 1919 datierte Anklageschrift der „Kommission der alliierten und assoziierten Mächte für die Feststellung der Ver-

¹⁾ Außer dem deutschen Weißbuche lagen nur die Münchener amtlichen Schriftstücke in fragmentarischer Form vor.

antwortlichkeiten der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Sühne“ abgefaßt. Dieses jämmerliche Machwerk, das der Rat der Vier nicht einmal der deutschen Delegation in Versailles auszuhändigen wagte, verwendet die vier bayerischen Dokumente ohne jede Rücksicht darauf, daß es sich um bloße Auszüge handelte.

Trotz der früheren deutschen Richtigstellung wird der Gesandtschaftsbericht Schoens immer noch als solcher des Grafen Lerchenfeld bezeichnet. Irrtum oder Absicht? Erschien vielleicht der Kommission der in der internationalen Diplomatenwelt wohlbekannte Name des Grafen Lerchenfeld zeugniskräftiger als der seines Stellvertreters Schoen? Die Auszüge aus dem Schoen-Berichte mußten vor allem dazu herhalten, um in dem Kapitel „Vorgefaßte Absicht, Krieg führen zu wollen“ ein planmäßiges und hinterlistiges Zusammenwirken Berlins und Wiens darzutun, als dessen Ausgangspunkt der angebliche Potsdamer Kronrat vom 5. Juli und als dessen Höhepunkt das österreichisch-ungarische Ultimatum erscheint. Der Berliner Regierung ist dabei in besonderem Maße die Rolle der Kriegstreiberei zugeteilt¹⁾.

Die Art, wie die Auszüge ausgebeutet wurden, ist sowohl im ganzen wie in Einzelheiten unhaltbar. Die Feder führte da nicht der gerecht abwägende Historiker, sondern der politische Staatsanwalt, der den Stoff für seine Anklage verwertete, ohne ihn überhaupt auf seinen Wahrheitsgehalt nachzuprüfen, und der zu dieser mangelhaften Methode noch den Fehler willkürlicher Ausdeutungen und Anfügungen und ungenauer Wortwiedergaben hinzufügte.

In ihrem Gegenberichte vom 28. Mai 1919 schilderte die deutsche Viererkommission die Entwicklungsgeschichte des österreichisch-serbischen Konfliktes auf Grund der deutschen Akten und wandte sich insbesondere gegen den Vorwurf, daß zwischen Berlin und Wien eine geheime Verschwörung zur Vernichtung Serbiens und zur Entfesselung des Weltkrieges angezettelt worden sei. Sie machte geltend, daß an dem von ihr urkundlich festgestellten Tatbestand durch die angeblichen Enthüllungen Eisners und anderer, soweit sie nicht überhaupt Unrichtiges enthalten, nichts geändert werde. Unter anderem be-

¹⁾ Vgl. Seite 17—19.

tonte sie auch, daß die Nordlandreise des Kaisers im Juli 1914 zu dem alljährlich üblichen Zeitpunkte angetreten worden sei, und daß der preußische Kriegsminister seinen Urlaub schon am 2. Juli, drei Tage vor dem angeblichen Kronrat in Potsdam erbeten hatte, daß also der Kommissionsbericht der Alliierten diese Vorgänge zu Unrecht mit Hilfe mißverständlicher Angaben des bayerischen Gesandtenberichtes als listige Täuschungsmanöver hinstellte. Beiläufig wies die Denkschrift des Viererausschusses auch darauf hin, daß das bayerische Aktenstück, das einige schon öffentlich berichtigte Irrtümer enthalte, nicht vom Grafen Lerchenfeld stamme¹⁾.

Wie viel schlagender hätte diese Entgegnung ausfallen können, wenn der deutsche Viererausschuß den Wortlaut des Gesandtschaftsberichtes vor sich gehabt hätte! Wenn er hätte darauf hinweisen können, wie das bayerische Schriftstück von Eisner entstellt worden war, und daß die ausgelassenen Stellen gerade das Gegenteil von dem beweisen, was die Feinde herauslasen. So wie die Kommission nachträglich im August 1919 noch tat, als Schoen seinen Bericht im Wortlaute bekanntgegeben hatte! Wenn sie auch die Verstümmelung und Entstellung des Telephonats vom 30. Juli 1914 hätte vor Augen stellen können²⁾!

¹⁾ Vgl. Seite 19—23.

²⁾ Vgl. Seite 23. Über den vier bayerischen Dokumenten waltete dauernd ein Unstern. Sie hätten, wie aus den Angaben Seite 96—98 ersichtlich, leicht noch rechtzeitig vor Torschuß nach Versailles gelangen können. Mindestens war eine Nachtrags-Erklärung zu der Denkschrift der deutschen Viererkommission noch vor dem Ultimatum und der Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919 gut möglich. Wo liegt die Schuld an der Unterlassung? B. W. von Bülow erwähnt im Nachworte zu seinem ausgezeichneten Werke „Die Krisis“ (S. 179), Brockdorff-Rantzau habe bezüglich der Behandlung der Schuldfrage „eine außerordentlich schwierige Lage“ vorgefunden. England hatte höhnisch eine neutrale Untersuchung abgelehnt. „Kautsky war in das auswärtige Amt eingezogen und saß auf den seither veröffentlichten Akten, zusammen mit einem Bureau von drei Hilfsarbeitern und zahlreichen Schreibdamen. Lange Zeit waren infolgedessen die fraglichen Archive den berufenen Stellen unzugänglich. Kostbare Monate gingen zu Beginn der Friedenskonferenz verloren, während denen eine sachgemäße Erörterung der Schuldfrage in der Öffentlichkeit angebracht gewesen wäre.“

Wer verfügte im Auswärtigen Amte über die Abschriften der bayerischen Dokumente, die auf Wunsch der Friedensdelegation in München gefertigt und schon unterm 22. Mai ans Auswärtige Amt gelangt waren? (Vgl. S. 97.)

Gewiß, auf den Friedensvertrag hätte auch eine solche gründliche Entwertung dieser Zeugnisse kaum einen Einfluß ausgeübt. Allein sie wäre gleichwohl gerade in Versailles wegen der Wirkung auf die öffentliche Meinung der Welt ein wichtiger Akt deutscher Verteidigung gewesen. Wie schrieb doch Oman¹⁾, der Bearbeiter des halbamtlichen britischen Werkes über den Ursprung des Krieges? Falls dieses „furchtbare Dokument“ nicht als ungenau dargetan werden könne, sei die Frage der Schuld entschieden. Und wieviel mehr war möglich, als bloß der Nachweis der Ungenauigkeit!

So aber wurden diese bayerischen Aktenstücke, vornehmlich der Schoen-Bericht, nach dem Versailler Vorbilde mit stets sich gleichbleibender Fehlerhaftigkeit und Tendenzmache durch die amtliche Berichterstattung und die Kriegsschuldliteratur der Ententeländer geschleppt. Die deutsche Abwehr der feindlichen Schuldanklage ist dadurch bis zum heutigen Tage nicht wenig erschwert worden.

Die Denkschriften, die am 6. August und am 18. Oktober 1919 der französischen Abgeordnetenkammer und dem französischen Senate über die Verantwortlichkeit am Weltkriege vorgelegt wurden, weisen dem fragmentarischen bayerischen Berichte vom 18. Juli 1914 geradezu eine zentrale Stellung in ihrer Beweisführung an. Aus der Tatsache, daß die deutsche Viererkommission in Versailles nicht ausführlich auf dieses Dokument eingegangen ist, wird unbedenklich Kapital geschlagen. Ihre Einwände und selbst die Richtigstellung, daß Graf Lerchenfeld nicht der Urheber des Schriftstückes war, gelten in dem französischen Senatsberichte lediglich als „Ablehnungen, die jedes handgreiflichen Beweises entbehren“.

Beide Denkschriften tun so, als ob überhaupt keinerlei Erwiderung von deutscher Seite erfolgt sei. Wie schon in Versailles, so schenkte man auch darin den wichtigen Kommentaren Bethmann-Hollwegs und Zimmermanns keinerlei Beachtung. Aber man unterschlug auch die Tatsache, daß der wirkliche Verfasser des Gesandtenberichtes, Legationsrat von Schoen, inzwischen selbst das Wort genommen, in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. August 1919 die unverantwortliche Verstümmelung seines Berichtes aufgedeckt und in sehr beachtenswerten Darlegungen,

¹⁾ Oman, *The Outbreak of the War*, S. 31.

die nicht einfach von der Hand zu weisen waren, die größten Entstellungen, Mißdeutungen und falschen Auslegungen zurückgewiesen hatte¹⁾.

Und das nannte sich amtliche Berichterstattung an Parlament und Senat!

Im Vorworte zum „Manuel des origines de la guerre“, den Fernand Roches gleichsam als offizielles Werk der französischen Regierung herausgegeben hat, kennzeichnet Herr Lapradelle, der Völkerrechtslehrer der Pariser Universität und Generalsekretär der Schuldkommission der Alliierten, den bayerischen Gesandtenbericht als hauptsächlich belastendes amtliches deutsches Schriftstück. Den gleichen Spuren folgte dann so ziemlich die gesamte Kriegsschuldliteratur des Feindbundes. Ein breiter Strom, gegen den rühmliche Ausnahmen nicht ausreichend aufkamen!²⁾

IV

Wandlungen und Bekenntnisse.

Auf deutscher Seite wurde der Boden für eine gerechte Behandlung der Schuldfrage gelegt durch die Herausgabe der gesamten deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, die leider erst im November 1919 erschienen. Dieses Monumentalwerk, durch die Veröffentlichung der Wiener Akten (1920) und durch Enthüllungen aus russischen Archiven und aus dem Lager des Feindbundes ergänzt und in seiner Wirkung noch wesentlich verstärkt, warf die Versailler Geschichtskonstruktionen über den Haufen. Nun wurde auch den mißbrauchten bayerischen Dokumenten der richtige Platz in der Gesamtaktenlage angewiesen, und zwar in unverkürzter Form, und in diesem Zusammenhang erschien ihr Inhalt denn auch in ganz anderem Lichte.

Die Art, wie Karl Kautsky, der noch im November 1918 mit der Herausgabe der deutschen Dokumente betraute Parteigenosse Eisners, diese Arbeit durchführte und die Anschauung,

¹⁾ Siehe Seite 93.

²⁾ Verwertet als erste französische Schrift gründlich auch das gesamte, bis Anfang 1922 erschienene nichtfranzösische Aktenmaterial. Günstige Ergebnisse für die Mittelmächte!

die er selbst aus dem Stoff gewann, sprechen als gewichtiges Zeugnis gegen die bayerische Veröffentlichung vom 23. November 1918. Er hat sein Werk ungefähr mit denselben vorausgefaßten Meinungen und denselben Zielsetzungen begonnen, die dem revolutionären bayerischen Ministerpräsidenten vorschwebten. Ohne jedes „beschönigende Suchen nach Schuldigen im Auslande“ wollte er lediglich die Verantwortlichkeit des eigenen Landes feststellen, um den Bruch der neuen Zeit mit der Vergangenheit bis in die letzten Folgerungen hinein zu offenbaren und zu stützen. Er setzte nach seiner eigenen Überzeugung als sicher voraus, daß sich ein überwältigender Beweis für den Kriegswillen der einstigen deutschen Regierung und der Schichten, die ihr nahe standen, ergeben würde.

Kautsky geriet auf diese Weise allerdings in Gefahr, den Begriff der Schuld am Kriege gefährlich zu verengen und einseitig zuungunsten Deutschlands zu fassen. In der Schrift, die er der Aktenpublikation vorausgehen ließ¹⁾, unterlag er dieser Gefahr und seinem offensichtlichen parteipolitischen Subjektivismus in einer vom Standpunkte der Wissenschaft und der historischen Gerechtigkeit aus nicht zu rechtfertigenden Weise, in einem Grade, der seine Schrift zu einem Tendenzwerke machte.

Trotzdem aber kann er nicht verbergen, daß seine ursprüngliche Auffassung von der verbrecherischen Schuld der deutschen Machthaber am Weltkriege durch das Studium der deutschen Urkunden bis in den Grund erschüttert und gewandelt worden ist²⁾.

Nicht als ob er die deutsche Staatsmacht von ehemals nun in wesentlich milderem Lichte oder gar im Unschuldsglanze sähe! Im Gegenteil, er urteilt nach wie vor hart über ihre ganze Außenpolitik und läßt eine schwere moralische Verantwortung auf ihre Schultern.

Aber in dem Hauptpunkte, auf den schließlich alles ankommt, gewann er eine völlig veränderte Überzeugung. Sein ursprünglicher felsenfester Glaube an die bösewichtartige und verschwörer-mäßige Brandstifterrolle Berlins hat ihn verlassen. Dieser Glaube erwies sich ihm zu seiner Überraschung als unhaltbar, als er erst

¹⁾ Kautsky, *Wie der Weltkrieg entstand*. 1919. — Kritische Gegenschriften: Montgelas, *Glossen zum Kautskybuch*. Delbrück, Kautsky und Harden. 1920.

²⁾ Kautsky, *Delbrück und Wilhelm II. Nachwort zu meinem Kriegsbuch*.

genauen Einblick in die gesamten Akten getan: „Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet, es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht“.

Seine Vorstellung von der „deutschen Schuld“ ist eine andere geworden. Ein nach seiner Ansicht unfähiges, von Stümperhaftigkeit und Strebertum erfülltes Regierungssystem hatte, wie er meint, Elemente an die Staatsleitung gebracht, die sinnlos und kopflos in das Abenteuer des Weltkrieges hineinliefen und ihr Volk mitrissen. Kautsky stellt eine Verantwortlichkeit der ehemals Herrschenden dem eigenen Volke gegenüber fest, nicht aber eine einseitige Verantwortlichkeit für den Weltkrieg im Sinne der Versailler Anklage.

Im Gegenteile, diese Beschuldigung lehnt er ab: „Ich werde zum Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber, die sie als die großen Verbrecher behandeln will. Ich werde um so mehr zu ihrem Ankläger dem deutschen Volke gegenüber“.

Das feindliche Ausland aber ließ auch diese überaus bedeutenden Bekenntnisse eines besser Belehrteten außer Betracht. Es beutete Kautskys erste Darstellung lediglich als neuen Anklagestoff gegen Deutschland aus.

Deutsche Schriftsteller, die zum Gesinnungskreise Eisners oder Foerstlers gehören, versuchten auch noch nach dem Erscheinen der „Deutschen Dokumente“ jene einzelne Veröffentlichung vom 23. November 1918 wenn nicht zu rechtfertigen, so doch zu erklären und zu entschuldigen. Sie machten nachträglich geltend, diese Enthüllung sei weniger dazu bestimmt gewesen, die geschichtliche Wahrheit im einzelnen darzutun, als vielmehr berechtigten und hohen politischen Überzeugungen, Zwecken und Zielen zu dienen. Es habe sich darum gehandelt, für das niedergebrochene und unglückliche deutsche Volk einen Wegweiser zur Umkehr aufzurichten und ihm die Bahn zur Verständigung mit seinen bisherigen Feinden zu öffnen.

Es sollte gezeigt werden, meint F. W. Foerster, daß der Krieg nicht vom deutschen Volke gewollt war, sondern daß bestimmte Gruppen hinter den Kulissen auf die kriegerische Lösung hingearbeitet hätten, indem sie dieses ihr Treiben nach außen geschickt verdeckten¹⁾. Aber auch Foerster kommt doch nicht

¹⁾ Foerster, Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistiche Deutschland 1920, S. 29 ff.

ohne erhebliche Bedenken durch. Er spricht von einem „tragischen Verschulden“ Eisners, von seinem „bohemeartigen Mangel an starkem Verantwortlichkeitsgefühl“, der ihn schwerwiegende Dinge in „einer gewissen spielerischen Art“ behandeln ließ. Er findet die Unterdrückung eines Teiles des Schoen'schen Berichtes „illoyal“ und gibt zu, daß die Reichsleitung ehrlich bemüht gewesen ist, den austroserbischen Konflikt zu lokalisieren. Allein er sieht ihr andere Kräfte entgegenwirken. Eine „unverantwortliche militärische Autokratie, verbunden mit gewissen dunklen Gewalten“ gilt ihm als Trägerin des deutschen Kriegswillens in den entscheidenden Tagen und Stunden. Sie habe die blutige Lösung herbeigeführt. Das glaubt er auch aus dem Berichte Schoens herauslesen zu können. In Bethmann Hollweg erblickt Foerster lediglich den gehorsamen Staatsmann, „der zwar den Krieg nicht wollte und nicht für wahrscheinlich hielt, aber nicht merkte, daß er im Dienste einer Tradition stand, deren Methode innerhalb der ganzen gegebenen Lage unrettbar in die europäische Katastrophe führen mußte“.

Je mehr durch die deutschen Aktenveröffentlichungen die unwiderlegliche Tatsache hervortrat, daß die politische Reichsleitung samt ihren diplomatischen Vertretungen sich in den entscheidenden Tagen der Krise von 1914 eifrig bemüht hat, den Weltkrieg hintanzuhalten, desto leidenschaftlicher klammerte sich die deutsch-gegnerische Propaganda an die auch von Förster und seinen Gesinnungsgenossen vertretene These, letzten Endes habe doch die preussische „militärische Autokratie“ durch ihre böswilligen Machenschaften planmäßig und vorsätzlich den Weltkrieg entfesselt, auch wenn weder der Kanzler noch der Kaiser ihn gewollt haben. Dieser Versuch, mit einer Art Hilfsformulierung die unhaltbare Auffassung von der ausschlaggebenden, wenn nicht alleinigen Schuld Deutschland zu stützen, ist von der ernsthaften Forschung mit Recht als unzutreffend zurückgewiesen worden.

Zweifellos gab es auch in Deutschland, wenn auch in geringerem Maße als in den Ententeländern, vor dem Kriege politische Gruppen und Strömungen, welche eine Lösung der europäischen Gegensätze durch Waffengewalt als ein naturgegebenes Schicksal ansahen und die deutsche Politik aktiv darauf eingestellt wissen wollten. Auch in militärischen Kreisen traten solche Anschauungen hervor. Allein der große Unterschied war der: In Frankreich saßen

diejenigen, die auf den Krieg hinarbeiteten, schon seit Jahren als verantwortliche Staatsmänner in Regierung und Parlament und gewannen seit 1912, mit Poincaré an der Spitze, gestützt auf die mächtig angeschwollene chauvinistische Strömung im Volke, die Vorhand; in Petersburg übte die panslawistische Kriegspartei bestimmenden Einfluß aus. In Deutschland aber hatten die verhältnismäßig kleinen Kreise, die vornehmlich den Kampf mit Frankreich für unvermeidlich erachteten und die Entscheidung unter möglichst günstigen Umständen herbeiführen wollten, keinerlei maßgebende Einwirkung auf die verantwortliche Reichsführung und deren Tun und Lassen. Sie befanden sich vielfach im lebhaften Gegensatz zu ihr und waren auch nicht imstande, im Volke größeren Anhang zu gewinnen. Hinter dem lärmenden Treiben sogenannter „Aldeutscher“ und den gelegentlichen aufgeregten Gesten einer großtuerischen Allerweltpolitik stand weder der Wille der Regierung, noch die Macht eines ausschlaggebenden Volksteils, noch auch die überwiegende öffentliche Meinung.

Es handelt sich aber überhaupt doch nicht darum, ob es einen sogenannten „deutschen Schwertgeist“ gab, sondern darum, ob Menschen dieser Gesinnung und Kräfte dieser Art auf den Gang der außenpolitischen Dinge und namentlich auf die letzten Entscheidungen während der Krise von 1914 irgendwie bedeutenden Einfluß ausübten, so zwar, daß dadurch der Weltkrieg entfesselt wurde. Hievon kann aber keine Rede sein, wie an anderer Stelle noch darzutun ist¹⁾.

* * *

Auch Karl Kautsky rückte von seinem Parteistandpunkte aus den politischen Zweck der bayerischen Veröffentlichung in den Vordergrund²⁾. Er stellt diese in eine Reihe mit den nach seiner Ansicht belastenden, als solche aber längst entwerteten Zeugnissen, die in den Denkschriften Muehlons und Lichnowskys enthalten waren.

Kautsky sieht die im Juli 1914 von Berlin betriebene Lokalisierungspolitik als ein zweckloses und gefährliches Beginnen an, das von vornherein aussichtslos, zum Mißerfolg verurteilt und höchstens geeignet war, eine „europäische Lösung“ der Krise, das

¹⁾ Siehe weiter unten.

²⁾ Wie der Weltkrieg entstand. 1919. S. 35.

heißt also eine Entscheidung durch den Areopag der Mächte zu vereiteln.

Von dieser Meinung aus heißt er die Münchener Veröffentlichung, durch welche diese Umstände beleuchtet worden seien, immerhin gut. Die Weglassungen erscheinen ihm, da sie die Lokalisierungspolitik betreffen, nicht als Wahrheitsentstellung von beträchtlichem Gewichte. Er bedauert, daß sein politischer Gesinnungsgenosse die „Unvorsichtigkeit“ beging, seine Aktenpublikation „mehr als Journalist zu behandeln, dem es auf die Wirkung ankommt, denn als Historiker, dem es um die Vollständigkeit und Unversehrtheit seiner Quelle zu tun ist.“

Man wird dieser mißlungenen Entschuldigung mit Recht entgegenhalten, daß Eisner in Wirklichkeit eben nicht als Journalist gehandelt hat, sondern als leitender und verantwortlicher Minister des bayerischen Volksstaates. Er selbst wollte seine Tat als eine Staatsaktion ersten Ranges hingenommen wissen und erwartete von ihr mächtige Wirkungen, die ja auch eingetreten sind, freilich anders als er erwartete.

Im übrigen ist das Urteil Kautskys über die Berliner Lokalisierungspolitik eine nachträgliche Meinungsäußerung, für die man gewiß Gründe anführen kann, die aber auch gewichtige Argumente gegen sich hat. Im Juli 1914 erschien die Lokalisierungspolitik keineswegs allgemein so verfehlt und aussichtslos. Kein Geringerer als Sir Edward Grey, der Leiter der britischen Außenpolitik, hat sie gutgeheißen. Selbst in Paris widerstrebte man im ersten Augenblicke nicht, sondern warf ihr erst Steine in den Weg, als Rußland die Gegenpolitik der Einmischung in den austro-serbischen Streit proklamierte.

Daß Berlin keine Weltkriegs-Absichten verfolgte, gibt Kautsky unumwunden zu, so sehr er auch die Blindheit und Vertrauensseligkeit tadelt, mit der die Reichsleitung darauf baute, daß ein rascher österreichischer Schlag gegen Serbien den Streifall ohne große kriegerische Weiterungen beenden könne: „Man hatte beabsichtigt, überraschend loszuschlagen, um Europa, bevor es sich recht besinnen könnte, vor vollendete Tatsachen zu stellen, denen es sich fügen mußte. Auf diese Weise hoffte man, durch Überrumpelung mit dem Krieg den Weltfrieden zu erhalten.“

Auch der am Münchener Schuldbekenntnis so nahe beteiligte amerikanische Pazifist Georges D. Herron nahm später das Wort zur Sache. Ihm löste das Entsetzen über Versailles die Zunge. Über den Gewaltfrieden stimmt er eine weithin schallende Klage an. Er erkennt ihn als ein verruchtes teuflisches Werk, entstanden aus Lug und Trug, Täuschung und Wortbruch. Dabei beherrscht ihn die seltsame Vorstellung, daß der „deutsche Vorkriegsgeist“ nun von der Welt der Alliierten Besitz genommen habe, die ausgezogen war, ihn zu vernichten.

Die prometheische Lichtgestalt Wilsons, des Friedensbringers und Völkerversöhners, an den er und seine Gesinnungsgenossen mit brünstiger Hingabe geglaubt, verwandelt sich Herron in eine bemitleidenswerte Fratze.

Und er erinnert sich mit brennender Reue, daß er und seinesgleichen selbst das Kriegsfeuer gegen Deutschland geschürt, wo sie nur konnten. Sein Bekenntnis gilt für jenen großen Teil des internationalen Pazifismus, den seine Wahnvorstellungen vom „Germanismus“ zum Narren der eigenen Idee gemacht haben: „Auf uns, die Pazifisten, auf uns, die Gläubigen an eine bessere Welt, auf uns, die wir unsere Friedenssehnsucht unterdrückten und in Kriegswünsche und Petitionen an unsere verschiedenen Vaterländer umzuwandeln die Selbstverleugnung hatten, — auf uns ruht, lastet und drückt eine beinahe unerträgliche Bürde von Schuld und Unterlassungssünde. Wir haben den Krieg gegen Deutschland und für die Demokratie gepredigt — wir haben den Krieg gegen den Krieg und für die Liga der Nationen geführt: Vor Gott und den Menschen, vor unserem eigenen Herzen und Gewissen, vor Zukunft und Gegenwart stehen wir als verantwortlich dafür da, daß wir unseren eigenen Prinzipien untreu wurden, daß wir eine einzige und höchste Gelegenheit vorübergehen ließen, daß wir es ruhig mit ansahen, wie diese unglaubliche Tragödie des Versailler Friedens sich in Szene setzte und bis zu ihrem unheilvollen Ende abspielen konnte.“

Die auswärtige Politik der Eisner'schen Revolution und das von ihr ausgegangene Schuldbekenntnis waren ein bedeutungsvoller und folgenschwerer Zwischenakt dieser Welttragödie.

Neuer Mißbrauch bayerischer Dokumente.

In unverkennbarer Verbindung mit gewissen Schriftstellern und Zeitungen in Deutschland, die sich auch weiterhin bemühten, die Enthüllung von 1918 um jeden Preis als gerechtfertigt erscheinen zu lassen, griff die feindliche Propaganda die Glaubwürdigkeit der von mir besorgten bayerischen Aktenpublikation mit allerlei unwahren Ausstreuungen über ihr Zustandekommen und ihre Methode an. Ich habe diese Einwände vor aller Welt als unhaltbar erwiesen¹⁾. In dem vierzehntägigen Prozeß um jene folgenschwere Enthüllung, der im April und Mai 1922 vor einem Münchener Gerichtshof vor sich ging, mußten auch Vertreter aus dem Parteilager Eisners meine Publikation als einwandfrei anerkennen²⁾.

Ein anderes Verfahren unternahm es, die bayerischen Gesandtschaftsberichte die in allem Wesentlichen das Geschichtsbild bestätigen, das sich bereits aus den deutschen und österreichischen Aktenveröffentlichungen ergeben hatte, zu Zeugnissen für die Versailler Schuldanklage umzustempeln, während sie, in ihrer Ganzheit genommen, dagegen sprechen.

Die feindliche Propaganda machte sich diese Arbeit leicht. Sie ging über die unbequeme Wahrheit, daß den so hoch gepriesenen vier Schuldzeugnissen vom November 1918 die ihnen zugeschriebene Beweiskraft gegen Deutschland genommen war, mit Stillschweigen hinweg. Sie ließ die öffentliche Meinung der Ententeländer auf dem Glauben, daß sich da nichts geändert habe³⁾.

Statt dessen suchte sie den Anschein zu erwecken, als ob die von mir neu herausgegebenen bayerischen Gesandtenberichte eine reichhaltige Fundgrube für die Beweisführung der feindlichen Anklage böten. Man hatte die Kühnheit, die „Bayerischen Dokumente“ in eine Linie mit den Erzählungen Muehlons und Lichnowskys zu rücken, obwohl eine solche Zusammenstellung außer aller Möglichkeit liegt. Man trieb das hergebrachte verwerfliche

¹⁾ Vgl. Ergänzungen und Nachträge: Gegen Lüge und Entstellung, Seite 239 f.

²⁾ Ergänzungen und Nachträge: Der Münchener Prozeß um Eisners „Schulddokumente“, Seite 191 f.

³⁾ Auch Viviani wiederholte noch 1923 diese Fabeln in unverantwortlicher Weise. (Vgl. Straßburger „République“ 4. Jan. 1923.)

Spiel auch hier wieder aufs neue: Entgegen meiner ausdrücklichen Verwahrung¹⁾ riß man bestimmte Schriftstücke willkürlich aus dem Zusammenhang des geschichtlichen Verlaufes und der gesamten Aktenlage. Die Gesandtenberichte wurden krampfhaft nach einzelnen „verdächtigen“ Stellen und Wortwendungen durchsucht, und diese solange gedreht und gepreßt, bis sie den gewünschten deutschfeindlichen Sinn herzugeben schienen. Auf diese Art kann man schließlich aus jeder Aktensammlung alles „beweisen“.

Ein Muster dieser Sorte Geschichtsforschung findet sich im Temps vom 7. März 1922 und gleichzeitig auch in den Times. Es verlohnte sich kaum, dagegen mit wissenschaftlichen Waffen anzugehen, wenn der Fall nicht typisch wäre. Was die beiden großen Blätter vorlegen, findet leider weithin in der Welt Wiederhall und Geltung. Deshalb soll diese Knebelung der Wahrheit nachfolgend kurz gekennzeichnet werden.

I.

Der Aufsatz des Temps bewegt sich, obwohl er vorgibt, mit neuen Ergebnissen aufzuwarten, ganz in den alten Gleisen der gegnerischen Schuldpropaganda. Wieder soll dargetan werden, daß Deutschland den Weltkrieg mit dem österreichisch-serbischen Abenteuer absichtlich angezettelt und die von reinstem Friedenswillen geleiteten Vermittlungsversuche der Verbandsmächte vereitelt habe.

Nehmen wir die Beweisführung unter die kritische Lupe!

In einem Gespräche mit Schoen äußerte der Unterstaatssekretär Zimmermann (nach dem Berichte Schoens, nicht Lerchenfelds, vom 9. Juli), daß er den Zeitpunkt für einen „Rachezug“ Österreichs gegen Serbien für sehr günstig halte.

Für einen Unterstaatssekretär gewiß eine etwas drastische Ausdrucksform. Aber schließlich war das in einem Privatgespräch, in dem nicht jedes Wort auf die Goldwage gelegt wird.

Warum aber hatte Zimmermann diese Ansicht? Weil er, wie er selbst beifügte, aufs bestimmteste glaubte, daß eben jetzt der Streit noch lokalisiert, also auf Österreich-Serbien festgebannt werden könne. Diesen wichtigen Beisatz unterschlägt der Temps! —

Gewiß, der Legationsrat von Schoen und sein Kollege Freiherr von Tucher in Wien erblickten in der anfänglichen Haltung

¹⁾ Siehe Seite 105.

Deutschlands eine „Blanko-Vollmacht“ für Österreich-Ungarn. Aber diese hatte doch ihre Grenzen, wie sich in der Folge offenbarte. Berlin machte bekanntlich mit seiner Politik des Gewährenlassens ein Ende und wandelte sie in eine solche eifriger Vermittlungstätigkeit um, als ihm die Erkenntnis aufging, daß ein europäischer Krieg in drohende Nähe gerückt sei.

Warum läßt die Darstellung des Temps diesen Umschwung der deutschen Politik seit dem 27. und 28. Juli nicht erkennen? Warum nicht die Anstrengungen des deutschen Reichskanzlers in den letzten Julitagen, Wien zum Einlenken zu bewegen und in Petersburg die Bahn für einen Ausgleich zu ebnen? Wie im vorigen Abschnitt gezeigt ist, geben auch die bayerischen Akten darüber hinreichenden Aufschluß! Weshalb folgt auch der Temps hier immer noch den genugsam aufgedeckten Fehlgängen Eisners und seiner Versailler Nachtreter?¹⁾

2.

Der Aufsatz des Pariser Blattes legt Gewicht auf den Umstand, daß Baron von Tucher vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags die deutsche Blankovollmacht für verhängnisvoll erklärt habe. Damit ist aber der Sinn seiner Aussage keineswegs richtig und erschöpfend wiedergegeben. Sie lautete nämlich: „Diese Blankovollmacht, die sich heute als Verhängnis darstellt, erschien uns damals in Wien, in der Entwicklung der Ereignisse nach dem Attentat, durchaus nicht als zu weitgehend, sondern als etwas Selbstverständliches, ja sogar als das Mindeste, was Deutschland tun konnte. Unser Eindruck war, daß Österreich-Ungarn, dessen Balkanpolitik ich keineswegs gutheißen will, durch die großserbische Propaganda in seiner Existenz bedroht war, und daß Deutschland den Bundesgenossen, der ihm Beweise seiner Treue (Algeciras, Haag, Ischl) gegeben hatte, nicht im Stiche lassen könne. Eine gewisse Scheu, auf die Erwägungen und Beschlüsse der österreichisch-ungarischen Regierung einzuwirken, entsprach der grundsätzlichen Enthaltung von einer Einmischung, welche durch die große Empfindlichkeit der österreichischen wie der ungarischen Staatsmänner und der öffentlichen Meinung in Österreich-Ungarn geboten war.“

¹⁾ Siehe oben, Seite XLVIII f.

Außerdem bezeugte Herr von Tucher, daß es ihm sicherlich aufgefallen wäre, wenn der von alliierter Seite als Kriegshetzer verschrieene deutsche Botschafter von Tschirschky „eine den Krieg schürende Haltung“ angenommen hätte. Er habe vielmehr den Standpunkt Deutschlands vertreten, daß nämlich Österreich-Ungarn selbst zu beurteilen hätte, was seine Lebensinteressen seien und selbst zu entscheiden, wie und wann es dieselben zu verteidigen gedenke.

Wie kennzeichnete doch Bethmann Hollweg in seiner Weisung von 28. Juli an den Botschafter von Tschirschky das Ziel? Der großserbischen Wühlerei „den Lebensnerv zu unterbinden, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln.“ Lerchenfeld hatte es richtig erfaßt: Der Verbündete sollte mit einem Zuwachs an Prestige aus der Sache hervorgehen, der Weltfriede aber erhalten bleiben!¹⁾

3.

Die Wiener Berichterstattung des Freiherrn von Tucher erscheint in der Aufmachung des Temps überhaupt als ergiebige Quelle angeblich neuer und schwerwiegender Entdeckungen. In Wirklichkeit erweist sie sich durchgängig als eine Bestätigung der schon früher aus den deutschen und österreichischen Akten bekannten Entwicklung, vor allem in der Zeit bis zum österreichischen Ultimatum vom 23. Juli. Es ist nichts Neues, daß das Wiener Kabinett sein Vorhaben und seine Vorbereitungen gegen Serbien in strengstes Geheimnis zu hüllen trachtete; daß es die Bedingungen für Serbien unannehmbar zu gestalten suchte; daß Berlin ein rasches Vorgehen der Donaumonarchie wünschte und unwillig wurde, weil diese mit der als notwendig erkannten militärischen Aktion nicht zustande kam, bis die günstigen Umstände für eine rasche und lokalisierte Erledigung des Streitfalles mehr und mehr dahin geschwunden waren²⁾.

Warum holt die feindliche Gegenarbeit nur solche Stellen hervor, unterschlägt aber sorgsam alles, was über die politischen Umstände und die tieferen Triebkräfte, aus denen die Wiener Politik erwuchs, Auskunft gibt? Weshalb fehlt in der Darstellung des

¹⁾ Vgl. Deutsche Dokumente Nr. 323. — Bayer. Dokumente VI Nr. 147, S. 159.

²⁾ Berichte Tuchers vom 11., 14., 18., 23. Juli. — Vgl. auch Bericht Lerchenfelds vom 23. Juli.

Temps zum Beispiel jeder Hinweis auf die in den Berichten Tuchers fortlaufend so anschaulich geschilderte slawische Gefahr und großserbische Zerstörungsbewegung? Vom „Verteidigungskampf Österreich-Ungarns gegen die slawische Umklammerung“ ist immer wieder die Rede und von der zwingenden Notwendigkeit, den bisherigen „serbophilen Kurs“ gründlich zu ändern: „Eine wirksame Bekämpfung der großserbischen Agitation ist nur zu führen mit äußerster Strenge und mit rücksichtslosester Gewalt“. Nur Waffenmacht kann damit noch fertig werden. Das ist die Überzeugung eines ruhigen Beobachters¹⁾.

Die Hinweise des Temps sollen auch wieder die Behauptung stützen, die Berliner Regierung sei an der Vorbereitung des Wiener Ultimatums beteiligt gewesen. Ausgerechnet eine beiläufige Bemerkung des bayerischen Gesandten beim Quirinal dünkt dem leichtfertigen Artikelschreiber ein besonders sicherer Beleg zu sein. Freiherr von der Tann schreibt allerdings in seinem Bericht vom 30. Juli, Deutschland habe von der in Belgrad überreichten Note vorher Kenntnis bekommen²⁾. „Rien de plus net“, meint der Temps. Wieso? Die deutschen Akten weisen aus, daß Berlin auf die österreichische Note keinen Einfluß nahm und ihren Inhalt nur zum Teil im voraus kannte. Es wußte nicht erheblich mehr, als auch den Verbandsmächten bekannt geworden war. Nur auf diese Teilkenntnis kann die Bemerkung von der Tanns bezogen werden. Übrigens konnte er in Rom, weitab von den Wiener und Berliner Vorgängen, sein Wissen über die Sache nur aus zweiter Hand haben.

Die breite Öffentlichkeit Frankreichs und seiner Hauptstadt mag durch das Ultimatum, wie Ritter am 26. Juli aus Paris schreibt, völlig überrascht worden sein. Auf den Quai d'Orsay und die verantwortlichen französischen Staatslenker traf diese Beobachtung aber nicht zu.

Auch Baron von Tucher befand sich im Irrtum, wenn er in seinem Bericht vom 23. Juli annahm, daß die Wiener Ententevertretungen von den Absichten des Ballplatzes, den Bruch mit Serbien herbeizuführen, nichts ahnten³⁾. In Wirklichkeit hatte,

¹⁾ Vgl. Schreiben vom 6. Juli S. 121, vom 10. Juli S. 125; vom 14. Juli S. 126.

²⁾ Seite 168; VI Nr. 59.

³⁾ Seite 133; VI Nr. 19.

wie wir wissen, die Londoner Regierung schon am 16. Juli durch ein Telegramm ihres Wiener Botschafters Kenntnis erhalten, die Pariser Regierung am 20. durch einen Konsularbericht¹⁾.

4.

Viel tut sich der Schreiber des Temps darauf zugute, daß der bayerische Vertreter in Paris noch am 26. Juli in der französischen Hauptstadt nur eine idyllische politische Sommerruhe, nicht aber irgendwelche kriegerischen Anzeichen wahrgenommen hat. Im Verkehr mit Bienvenu—Martin, der als Stellvertreter des nach Petersburg verreisten Viviani das Auswärtige leitete, fühlte sich Herr von Ritter in der Auffassung bestärkt, daß Frankreich keine Neigung zum Kriege hatte. Besser war es zu sagen: keine zeigte! Obwohl nach dem Zeugnis Ritters in den auswärtigen Geschäften wenig erfahren, soviel hätte Bienvenu-Martin sicherlich doch gewußt, um dem bayerischen Gesandten über die Absichten und Ziele der französischen Politik und seiner in Petersburg eifrig tätigen Herren und Meister Poincaré und Viviani zutreffendere Auskünfte zu geben. Wollte er der Wahrheit die Ehre geben, so hätten diese allerdings nicht gerade sehr friedfertig klingen müssen. Eine richtige Ahnung hatte der Bayer ohnehin. Schrieb er doch unter anderem nach München, „daß die französische Politik einen engeren Zusammenschluß zwischen Rußland und England anstrebe, um dadurch die Schlagfertigkeit der Triple-Entente zu erhöhen.“ (25. Juli.)

Im übrigen war ja auch Iswolsky, der russische Botschafter, von Paris abwesend. Freilich nicht zur Sommerrast. Er weilte mit den beiden leitenden französischen Staatsmännern in diesen Tagen an der Newa. Dort gewann er so tiefe Eindrücke, daß er am 25. Juli mit dem frohen Rufe von Petersburg Abschied nahm: „Cette fois, c'est la guerre“! Diesemal ists der Krieg!

Hat das Wiener Kabinett, wie Schoen und Tucher übereinstimmend am 18. Juli melden, die Übergabe seiner Note in Belgrad auch deshalb so lange hinausgeschoben, weil es „den in Petersburg versammelten Scharfmachern Poincaré, Iswolsky und Genossen“ nicht noch vor ihrer Abreise Gelegenheit bieten wollte, auf den Zaren im serbenfreundlichen Sinne zu drücken, das heißt also den russischen Pan-

¹⁾ Siehe oben Seite XXXVIII f.

slawismus zum Eingreifen anzureizen, so war diese Vorsicht zweifellos nicht unangebracht, allein sie verfehlte ihren Zweck. Die „Scharfmacher“ taten auch ohnedies ihr Möglichstes. Im Übrigen gab es in Wien andere Gründe: die militärischen Vorbereitungen gingen so gemächlich von statten, daß man den Beginn der Operationen gegen Serbien erst für den 12. August in Aussicht nahm!

Wenn Bienvenu-Martin gar noch am 2. August, als der bayerische Gesandte sich verabschiedete, bei diesem den Eindruck hervorrief, „daß die französische Regierung den Krieg um jeden Preis vermeiden wolle“, so war das eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Denn in Paris war man schon seit Tagen zum gemeinsamen Losschlagen mit dem Bundesgenossen entschlossen. Des friedfertig aufgemachten diplomatischen Spiels bedienten sich die Zweibundmächte allerdings noch immer, um ihre eigene Kriegsentschlossenheit und ihre vorbereitenden Maßnahmen vornehmlich auch aus Rücksicht auf die britische Volksstimmung zu verbergen, die Gegner ins Unrecht zu setzen und Deutschland die Rolle des scheinbaren Angreifers zuzuschieben.¹⁾

5.

Was von den Berichten aus Wien gesagt ist, gilt auch von denen aus Petersburg. Sie bieten ein anschauliches aber nicht neues Bild dortiger Vorgänge. Sie lassen namentlich auch die deutschen Bemühungen erkennen, die Ausgleichsverhandlungen zwischen Wien und Petersburg im Gang zu halten und zu einem friedlichen Abschluß zu bringen.

Gesprächsweise hatte Iswolsky am 31. Juli in Paris dem bayerischen Gesandten mitgeteilt, der Kriegsausbruch würde verhindert werden, wenn Österreich sich verpflichte, die Unabhängigkeit Serbiens aufrechtzuerhalten. Darüber erwarte alle Welt eine Erklärung.

In Wirklichkeit lag sie bereits vor. Das Wiener Kabinett hatte am 25. Juli seinen Botschafter Szapary in Petersburg dazu ermächtigt. Am 29. Juli gab dieser in Petersburg, am 30. Juli

¹⁾ Vgl. oben, Seite XLIV f., besonders Anmerkung 2. — Paléologue, Erinnerungen. — Eingehende urkundentreue Darstellung dieser Zusammenhänge bei Bülow, Krisis. Seite 117 f.

Graf Berchtold in Wien dem russischen Botschafter Schebeko feierlich eine solche Versicherung ab. Wie sehr die Berliner Regierung den Ballplatz hiezu gedrängt hat, weisen die Deutschen Dokumente an verschiedenen Stellen aus.

Aber die russischen Machthaber waren mit dem „territorialen Desinteressement“ Österreichs nicht zufrieden. Sie schraubten ihre Forderungen höher, setzten die Rüstungen fort und gingen darauf aus, der Donaumonarchie die Hände zu binden, für Rußland aber die Bahn für jede Art von Entscheidung, auch für eine solche mit den Waffen, offenzuhalten.

Über die entgegenkommenden Schritte der Wiener Regierung in der Frage der territorialen Erhaltung und der Unabhängigkeit Serbiens ließ Sasonow die europäischen Kabinette im unklaren. Grund genug für Iswolsky, diesem Beispiel folgend seinem bayerischen Kollegen vorzutäuschen, daß Wien der „versöhnlich“ gestimmten russischen Politik nicht die nötige Basis zum Ausgleich biete.

Als Ritter am 31. Juli vom österreichischen Botschafter Szecsen erfuhr, daß das Wiener Kabinett seine Zusicherung auch in Paris habe ausrichten lassen, wollte er diese Neuigkeit brieflich an Iswolsky weitergeben. Allein der deutsche Botschafter von Schoen fand, es sei besser das zu unterlassen, da man nicht wissen könne, ob dadurch nicht die deutsche Politik irgendwie beeinträchtigt werde. Sogar aus diesem einfachen und erklärlichen Vorgange möchte der Temps Deutschland einen Strick drehen. Daß dies unmöglich ist, ergibt sich aus dem eben geschilderten Sachverhalt.

Übrigens hat Frhr. von Tucher schon am 21. Juli berichtet, die österreichische Note werde der italienischen Regierung mit der ausdrücklichen Versicherung mitgeteilt werden, daß Österreich-Ungarn sich unter keinen Umständen serbisches Gebiet dauernd aneignen wolle. „Der Verzicht auf jedweden Zuwachs an serbischem Gebiete ist“, schreibt Tucher weiter, „der österreichisch-ungarischen Regierung um so leichter, als durchaus keine Neigung besteht, die Bevölkerung serbischer Nationalität in der Monarchie noch zu vermehren; Graf Tisza hat sich von Anfang an auf das entschiedenste gegen eine solche Eventualität ausgesprochen.“¹⁾

¹⁾ Seite 130; VI Nr. 15.

Auf die gänzlich verfehlte Frage des Temps, „warum die Vermittlung Sir Edward Greys von der Berliner Reichskanzlei hartnäckig hintertrieben worden sei“, geben die deutschen und auch die bayerischen Akten die schlagendste Antwort¹⁾. Was Lerchenfeld in seinem Bericht vom 28. Juli über die Berliner Ablehnung des britischen Konferenzvorschlages vom 26. Juli sagt, schafft doch nicht die Tatsache der gleichzeitigen und späteren deutsch-englischen Vermittlungstätigkeit aus der Welt²⁾.

Klar ist die Sachlage: Wien versteifte sich in lokaler Befangenheit noch immer auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Serbien und bildete sich ein, mit der Kriegserklärung vom 28. Juli auch jetzt noch einem Eingreifen der Mächte zuvorkommen zu können³⁾. Berlin dagegen erkannte seit dem Bekanntwerden der serbischen Antwort, daß die Zeit der Lokalisierungspolitik um war und arbeitete in der richtigen Einsicht, daß es sich nun um einen europäischen Konflikt handle, in Verbindung mit London energisch auf eine friedliche Lösung durch Verständigung der Mächte hin.

Von diesem Gegensatz findet sich in der französischen Abhandlung auch nicht die Spur! Dafür eine willkürliche Kombination zeitlich und sachlich unrichtig in Verbindung gebrachter Tatsachen und irriger Vorstellungen! Es geht nicht an, die Halsstarrigkeit und Schwerhörigkeit Wiens, wovon auch in Tuchers Berichten zu lesen ist⁴⁾, auf das Schuldkonto Berlins zu setzen. Falsch ist auch die Beschuldigung, die deutsche Reichsregierung habe durch Drohungen in Petersburg oder gar durch die Erklärung des „drohenden Kriegszustandes“ Rußland zur Vollendung seiner Mobilmachung genötigt und durch die ultimative Forderung vom 31. Juli den Kriegsausbruch ohne Not vorsätzlich herbeigeführt.

Von alledem steht nichts in den Münchener Dokumenten, so wenig wie in den andern deutschen. Wohl aber belehren sie uns, daß Bethmann Hollweg und der Kaiser in Petersburg

¹⁾ Vgl. oben Seite XLf. — ²⁾ Seite 154, VI Nr. 41. — ³⁾ Vgl. Bericht Tuchers vom 27. Juli, Seite 150. VI Nr. 36. — ⁴⁾ Bericht vom 31. Juli, Seite 176. VI Nr. 72. Antwort Franz Josefs auf die Mahnung des Deutschen Kaisers, die deutsch-englische Vermittlung anzunehmen.

freundschaftlich davor warnten, die Rüstungen fortzusetzen und Deutschland zu Gegenmaßnahmen und zum Kriege zu zwingen! Daß Sasonow auch noch in seiner Formel vom 30. Juli Forderungen an Österreich-Ungarn stellte, die man selbst in London und Paris als aussichtslos ansah! Daß Rußland seine militärischen Vorbereitungen beschleunigt fortführte und zur Vollmobilmachung schritt, im geheimen Einverständnis mit den Pariser Machthabern und im Vertrauen auf die eben jetzt deutlicher hervortretende Bereitschaft Großbritanniens, an der Seite des Zweibundes mit in den Kampf zu gehen! Gegenüber der Wucht dieser Tatsachen verlor die schließlich viel zu spät gegebene Anregung des Zaren, den austro-serbischen Streitfall durch das Haager Schiedsgericht zu schlichten, jede praktische Bedeutung¹⁾.

Die russische Mobilmachung gilt auch dem Temps wieder als eine harmlose Sache. Hat doch Sasonow, wie der bayerische Gesandte Frhr. von Grunelius unterm 27. und 28. schreibt, den Botschaftern der Mittelmächte mehr wie einmal versichert, daß Rußland nicht an Krieg denke, sondern auf ein Abkommen mit Wien abziele²⁾. Außerdem heißt es doch im Schreiben des bayerischen Gesandten vom 30. Juli ausdrücklich „die russische Armee könne monatelang mobil bleiben, ohne daß daraus kriegerische Maßnahmen entstünden“.

Ansicht des bayerischen Vertreters, wie der Temps vortäuscht? Nein! Sondern eine der Versicherungen Sasonows! Sie steht in einer Linie mit der ehrenwörtlichen aber unwahren Beteuerung des Generalstabschefs Januschkewitsch, daß gegen Deutschland keine Rüstung geplant sei (29. Juli). Diplomatische Manöver, um den Gegner und die Welt über den Ernst der in vollem Gange befindlichen russischen Kriegsrüstung zu täuschen.

Die Ansicht, daß sie den Krieg bedeutete, war nicht nur eine unbegründete „verhängnisvolle Theorie“ des deutschen Generalstabs, wie der Temps behauptet. Das russische Gesamtaufgebot war vielmehr eine eherne Tatsache der „blutüberströmten Geschichte des Weltkrieges“.

In Petersburg wußte man so gut wie in Paris, daß ihm zwangsläufig die deutsche Mobilmachung und der Kriegsausbruch auf dem Fuße folgen mußte. Dieser Ablauf des „Mechanismus der

¹⁾ Deutsche Dokumente Nr. 437, 482. — Österr. Rotbuch 1919. III Nr. 49.

²⁾ Seite 146; VI Nr. 32. — Seite 151; VI Nr. 37.

Entente“ war in den militärischen Abmachungen des Zweibundes seit langem programmäßig vorgesehen¹⁾.

Was sagt General Dobrorolski, der ehemalige Chef der Mobilmachungsabteilung des Petersburger Generalstabs, von der am 30. Juli abends ausgegebenen Mobilmachungsordre? „Das war der Anfangsmoment der großen Epoche. Eine Abänderung war nicht möglich. Der Prolog des großen Dramas hatte begonnen²⁾ Und weiter: „Ist dieser Zeitpunkt (der Mobilmachung) einmal festgesetzt, so ist alles erledigt, es gibt kein Zurück mehr: er bestimmt mechanisch den Beginn des Krieges im voraus.³⁾“

Will man diesen berufenen Zeugen gelten lassen oder nicht?

7.

Aus einer bedeutsamen Unterredung des Grafen Lerchenfeld mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg über die Weltlage, noch vor der Untat von Serajewo (4. Juni 1914) entnimmt das Boulevardblatt eine Äußerung des Kanzlers, um damit die französische Friedensliebe in helles Licht zu rücken. Bethmann meinte, von Frankreich drohe kaum eine Gefahr. „Man werde die dreijährige Dienstzeit durchführen, aber den Krieg wolle man in Frankreich nicht.“

Der Temps hätte nicht bei diesem einen Satze stehenbleiben sollen. Der nächste lautet nämlich: „Rußland sei gefährlicher. Dort könne der Slawentaumel die Köpfe so verdrehen, daß Rußland eines Tages Dummheiten mache.“

Warum vermerkt das Blatt nicht auch den an den Kanzler gerichteten mahnenden Hinweis Lerchenfelds, daß von dem „Rüstungsfieber in Rußland und Frankreich“ das Schlimmste zu befürchten sei? Warum nicht das treffende Wort des Grafen, daß England, wenn es wirklich den Weltfrieden erhalten wollte, nicht mit dem Zweibund, sondern mit den Mittelmächten gehen müßte?

Das Partikelchen, das der Temps aus diesem bayerischen Gesandtschaftsbericht herausfischte, nimmt sich wesentlich anders aus, wenn man es im Zusammenhang des ganzen Schriftstückes betrachtet. Es kann nicht als unbedingtes Zeugnis für die Friedensliebe Frankreichs gewertet werden. Mochten große Teile des

¹⁾ Französisches Gelbbuch über die französisch-russische Allianz, S. 88, 107, 125, 150. — ²⁾ Dobrorolski, S. 29. — ³⁾ Dobrorolski, S. 10.

französischen Volkes einem Kriege abhold sein, die Leiter der französischen Politik gingen andere Wege. Iswolskys Berichte haben uns zur Genüge belehrt, wie die Poincaré und Genossen seit den Balkankriegen auf die Abrechnung mit den Mittelmächten hindrängten. Man lese auch nach, was die belgischen Gesandten im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege als neutrale Beobachter immer wieder über das Anwachsen des Chauvinismus in Frankreich und die friedensgefährlichen Tendenzen der Einkreisungspolitik schreiben.

Auf das Erinnerungsbuch des Deutschen Botschafters von Schoen beruft sich das Pariser Blatt. Dieser schildert aber doch ausführlich, daß keine französische Regierung je die Absicht aufgegeben hat, Elsaß-Lothringen, und sei es mit Waffengewalt, wiederzugewinnen! Schildert auch, daß der Vergeltungsgedanke in Frankreich nie lebendiger war als in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch und mit ungebändigter Kraft einer Entladung entgegendrängte!

Heute wissen wir auch, daß der „Slawentaumel“ im Februar 1914 in Petersburg geheime Pläne hervorgetrieben hat, die sich auf die Eroberung der türkischen Meerengen bezogen und nur in einem europäischen Kriege zu verwirklichen waren.

Graf Lerchenfeld bemerkt in diesem Berichte, der Leiter der deutschen Politik sei in der Beurteilung anderer Mächte oft von einer unberechtigten Vertrauensseligkeit erfüllt gewesen. Das traf nicht nur auf die Zeit vor der europäischen Krise zu und nicht nur auf Bethmann Hollweg. Selbst im Deutschen Generalstab finden wir bis zuletzt noch merkwürdig unzulängliche und irrtümliche Vorstellungen von der kriegerischen Entschlossenheit und Bereitschaft Frankreichs.

Die Unterredung des bayerischen Diplomaten mit dem Reichskanzler vom 4. Juni 1914, kurz vor dem Mord von Serajewo, ist in der Tat ein bedeutsames historisches Zeugnis. Es verdiente, auch in den Ländern der Entente im Wortlaut verbreitet zu werden. Eine Stelle müßte besonders hervorgehoben werden! Das Gespräch der beiden Staatsmänner kam auch auf die Frage eines von vielen Militärs geforderten Präventivkrieges. Man war sich einig, daß die Situation des Jahres 1905 für Deutschland günstige Aussichten geboten hätte. Allein: Deutschland hat keinen Präventivkrieg geführt und wird keinen führen.

VI

Epilog.

Beiwort zur dritten Auflage. (Mai 1925.)

I.

Seitdem die obigen Kapitel geschrieben wurden, hat die Erforschung der Ursachen des Weltkrieges und seines Ausbruches wieder große Fortschritte gemacht. Heute heben sich die Linien der Vorkriegsgeschichte und des verhängnisvollen Herganges der Krise von 1914 deutlich heraus. Sie sind jedem sichtbar, der Augen hat zu sehen und den guten Willen, das Richtige zu erkennen.

Es ist nichts wahrzunehmen, wodurch das in der vorstehenden Abhandlung gezeichnete Bild wesentlich verändert werden könnte.

Insbesondere darf mit Genugtuung ausgesprochen werden: Die Legende von Eisners „Schuldbeweisen“, die in der Anklagebegründung von Versailles, in der offiziellen Berichterstattung von Kammer und Senat zu Paris und in der deutschgegenerischen Propaganda-Literatur eine so bedeutende Rolle spielte, ist durch die Feststellungen, Ergebnisse und Auswirkungen der „Bayerischen Dokumente“ endgiltig zerstört. Die ernsthafte Forschung auch des Auslandes hat sie in der Hauptsache fallen lassen. Selbst die amtliche Berichterstattung des französischen Parlaments und Senats über die Schuldfrage wagte es, soweit sich ersehen läßt, nicht mehr, die mißbräuchliche und fehlerhafte Verwertung jener verstümmelten bayerischen Aktenstücke zu wiederholen, die sie 1919 unbedenklich und ausgiebig angewandt hat.¹⁾

Gegen die trotz allem immer wieder auftauchenden Versuche, jene Enthüllung des revolutionären bayerischen Ministerpräsidenten mit neuen Mitteln zu stützen, hält das vorliegende Urkundenbuch als Schutzwehr unerschütterter Stand. Darüber hinaus trug es seinen Teil bei zur Aufhellung der geschichtlichen Zusammenhänge und der Verantwortlichkeiten, die mit dem ungeheuren Drama des großen Krieges und des darauf gefolgten Gewaltfriedens verknüpft sind.

Die mustergültigen Veröffentlichungen aus deutschen, österreichischen und russischen Archiven haben den Grundstoff abgegeben auch für eine Reihe höchst beachtenswerter Untersuchun-

¹⁾ Vgl. S. LXI.

gen namhafter Forscher in den Ententeländern und Amerika, die als gewissenhafte Wahrheitssucher sich bemühten, den wirklichen historischen Tatbestand festzustellen¹⁾. Ihre Arbeiten, mögen sie sich sonst zu Deutschland stellen, wie sie wollen, liefern jedenfalls in ausreichendem Maße den Beweis, daß die Versailler Anklage unhaltbar, falsch ist.

Je mehr die Erschließung der Akten vorschreitet, desto mehr finden wir bestätigt, daß der Verlauf der Julikrise von 1914 nur die letzte Auswirkung der europäischen Zustände und Gegensätze gewesen ist, wie sie sich vornehmlich im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch gestaltet hatten. Was schon durch die Berichte der belgischen Gesandten, dieser nicht unmittelbar in die weltpolitischen Handlungen verwickelten kühlen Beobachter, offenbart worden war, ist durch die späteren Aktenpublikationen, neuerdings wieder durch die Enthüllung von Iswolskys diplomatischem Schriftwechsel, bekräftigt worden: Frankreichs stetig wachsender Wille, mit der Zurückeroberung Elsaß-Lothringens die Wiederherstellung seines Vormachtranges in Europa zu verbinden; Rußlands Plan, mit der sehnlich gewünschten Auflösung der Donaumonarchie eine endgültige panslawistische Vorherrschaft im Osten Europas und auf dem Balkan zu erringen und Konstantinopel mit den Meerengen seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen; Englands Besorgnis vor der deutschen Seegeltung und die Bereitschaft weiter und einflußreicher britischer Kreise, eine geeignete Gelegenheit zu ergreifen, um das Deutsche Reich in seiner weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entfaltung zu hemmen, ja es unter Umständen, wenn es anders nicht gehen sollte, mit Gewalt niederzuwerfen.²⁾

¹⁾ So u. a. die Engländer Morel, Dawson, Gooch; die Amerikaner Fay und Barnes; die Franzosen Pevet, Morhardt, Fabre-Luce, Ebray; die Italiener Nitti, Barbagallo.

²⁾ Belgische Gesandtenberichte 1905—1914, vom Herausgeber des vorliegenden Buches 1915 im Brüsseler Außenministerium entdeckt, vom Berliner Auswärtigen Amt in einer Auswahl von 119 Stücken veröffentlicht (Deutsche Ausgabe mit Einleitungen in einem Sonderband der „Kriegschronik“ des Verlags C. H. Beck, München 1916. — Ergänzt, vermehrt und in ihrer Beweiskraft verstärkt durch das von Oberst Schwertfeger herausgegebene belgische Aktenwerk. Neuausgabe der deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.)

Stieve, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskys 1911—1914.— Iswolsky im Weltkrieg 1914—1917.

Wo gab es weltpolitische Ziele Deutschlands von gleichartiger Tragweite und Bestimmtheit, wie die Gegner, vornehmlich die Zweibundgenossen, sie hatten? Ziele also, die nicht anders, als durch kriegerische Entscheidung verwirklicht werden konnten?

Die belgischen Beobachter stimmten schon seit 1905, seitdem sich der Dreiverband zu festigen begann, darin überein, daß die europäische Kriegsgefahr weit mehr aus den Zuständen und Absichten, wie sie auf seiten der Entente bestanden, hervorzubrechen drohte, als aus den Schwankungen, Fehlern oder auch den tatsächlichen Ansprüchen der deutschen Außenpolitik, oder etwa aus überspannten Agitationen mancher alldeutscher Kreise, die auf die Regierung und öffentliche Meinung Deutschlands keinen bestimmenden Einfluß ausübten.

Sicherlich haben gewisse Tendenzen, Handlungen, Unterlassungen und Irrungen der amtlichen Reichspolitik und Unbesonnenheiten unverantwortlicher deutscher Gruppen und Personen dazu beigetragen, die Spannungszustände in Europa zu vermehren oder zu verstärken. Das alles war aber keineswegs von der Art, daß dadurch andere Staaten genötigt gewesen wären, ein bewaffnetes Vorgehen gegen die Mittelmächte ins Auge zu fassen und vorzubereiten.

Die belgischen Diplomaten waren sich darüber klar, daß Deutschland, durch die Lebensinteressen seines Volkes auf eine friedliche Entwicklung angewiesen, nicht anders konnte, als für die Erhaltung des status quo in Europa einzutreten, indes der Zweibund Ziele vor Augen hatte, die ohne das Mittel des Krieges überhaupt nicht erreicht werden konnten.

Noch in den letzten Vorkriegsjahren erschienen auch dem durchaus ententefreundlichen Berliner Gesandten Belgiens, Baron Beyens, der französische Chauvinismus und das anmaßende Auftreten den panslawistischen Treiber in Petersburg und Belgrad friedensgefährlicher als der sogenannte Schwertgeist der deutschen Militärpartei. Und noch Ende 1913 sagte sogar Sasonow zu dem Tschechenführer Klotzsch, der ihn heimlich in Petersburg besuchte, Deutschland wolle gewiß keinen Krieg, da es durch seine Erfolge von 1870/71 saturiert sei.¹⁾

Gibt es eine deutsche „Schuld“ in der Vorkriegsgeschichte,

¹⁾ Stieve a. a. O.

so mag sie in Fehlgängen und Irrtümern der auswärtigen Politik liegen, keinesfalls aber in einem ungezügeln Krieges- und Welt-eroberungswillen des Reiches und seiner Machthaber, wie es der Versailler Schuldspruch der Welt vortäuscht. — —

Durch die Untat von Serajewo und ihre Folgen war der europäische Spannungszustand, der sich größtenteils aus den erwähnten Machtströmungen des Dreiverbandes ergab, bis zu einem schließlich unerträglichen Grad gesteigert worden. Aber nichts berechtigt die Entente einen vorgefaßten deutschen Kriegswillen als die entscheidende und letzte Ursache der schließlichen Entladung hinzustellen. Wohl aber häufen sich die Zeugnisse in erdrückendem Maße dafür, daß Rußland und Frankreich geflissentlich die Zwangslage und die diplomatischen Fehler der Mittelmächte während der Krise 1914 benützten, um diese Entladung herbeizuführen, weil sie den Konflikt zwischen Serbien und der Donaumonarchie als günstigen Anlaß zur Verwirklichung ihrer Pläne ansahen. Bei den leitenden Männern in Petersburg und Paris war auch in diesen kritischen Wochen die Bereitschaft und der Wille zu einer allgemeinen Waffenentscheidung ganz anders wirksam als in Berlin, als auch beim deutschen Generalstab, den man der Brandstiftung bezichtigen wollte, weil er in den letzten Tagen, als die Gegner ihre militärischen Vorbereitungen bereits unzweideutig auf Kampf eingestellt hatten, aus berechtigter Sorge vor einer Überrumpelung Deutschlands die Reichsleitung zu rascherem Handeln antrieb, ohne damit durchzudringen.

2.

Der Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin vom 29. Juli 1914 ist im Zusammenhalt mit den Erinnerungen Conrads v. Hötzendorf (4. Band) als Beweis ausgegeben worden für die Behauptung, daß der Weltbrand letzten Endes von der deutschen Militärkaste vorsätzlich und planmäßig entzündet worden sei¹⁾.

Würdigt man dieses bayerische Dokument unvoreingenommen seinem ganzen Inhalt nach und nicht etwa unter einseitiger Herausnahme einzelner Stellen, rückt man es außerdem, wie es sich geziemt, in den Zusammenhang des geschichtlichen Ablaufes, so kommt man zu einem anderen Ergebnis.

¹⁾ Vgl. Nachträge S. 217 ff.

Wir wissen heute mit Bestimmtheit, daß die Rüstungen der Mittelmächte in Friedenszeiten und noch bei Kriegsausbruch beträchtlich hinter denjenigen der Ententeländer zurückstanden, besonders was die zahlenmäßigen Heeresstärken und die verhältnismäßige Ausnutzung der Volkskraft für den Militärdienst anlangt¹⁾. Aber auch in den unmittelbaren Vorbereitungen während den letzten kritischen Wochen vor Beginn des Kampfes behielt die Entente einen von Tag zu Tag wachsenden Vorsprung²⁾.

In der Zeit vom 5. Juli bis zum 23. Juli 1914 sind von den Mittelmächten überhaupt keine vorbereitenden Kriegsmaßnahmen getroffen worden. Im Gegenteil, das Verhalten maßgebender deutscher Kommandostellen in einzelnen Angelegenheiten läßt erkennen, daß in diesem Zeitabschnitt auch die Berliner militärische Leitung den Frieden noch nicht ernstlich für gefährdet hielt und nicht an die nahe Notwendigkeit einer Verteidigung gegen zwei Fronten, geschweige denn an einen Angriffskrieg dachte³⁾.

Die seit dem österreichischen Ultimatum vom 23. Juli dann langsam und spärlich eingeleiteten Vorbereitungen Deutschlands hielten nicht gleichen Schritt mit denjenigen des Zweibundes. Noch am 28. Juli, am Tage der österreichischen Kriegserklärung an Serbien, in einem Zeitpunkte, da man in Berlin bereits mit ziemlicher Sicherheit erkannte, daß Rußland gegen Österreich mobilisierte, und als in Rußland tatsächlich die „Kriegsvorbereitungsperiode“ schon zwei volle Tage bestand, als auch Frankreich mit einzelnen Vorbereitungsmaßnahmen schon begonnen hatte, hielt der deutsche Generalstab, abgesehen von einigen Anordnungen für die zivile Bewachung und die Rückbeorderung einzelner Truppenteile in ihre Standorte, noch immer zurück.

Am 29. Juli, als in Frankreich bereits ein allgemeines Urlaubsverbot ergangen war, sind in Preußen noch nicht einmal die Ernteurlauber zurückberufen⁴⁾. Aber nun langen über die russi-

¹⁾ Über die Rüstungen der Großmächte bis 1914: Parlamentarischer Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages, Heft 1 und 2. — Bülow, Krisis S. 228. — Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage S. 81 ff.

²⁾ Ebenda. — General Dobrorolski, Mobilmachung der russischen Armee 1914. — Buat, L'armée allemande 1914—1918. — In „Deutsche Dokumente“ zahlreiche Hinweise auf die Kriegsvorbereitungen Rußlands und Frankreichs. — Vgl. auch „Bayerische Dokumente“ S. 156 f.; VI Nr. 43, 44, 49, 51, 55, 57, 58, 62, 64, 67, 68, 71.

³⁾ Vgl. Montgelas, Leitfaden S. 99.

⁴⁾ Vgl. Wenningers Meldung, Nr. 1, S. 220.

schen Rüstungen beim Berliner Generalstab höchst bedenkliche Nachrichten ein. Verständlich, denn an diesem Tage hatte der Zar die allgemeine Mobilmachung gegen die Mittelmächte bereits angeordnet und sie erst im letzten Augenblick, infolge eines verständlichen Telegramms Kaiser Wilhelms, auf die Mobilisation gegen Österreich beschränkt. Es wurden im Zarenreich nicht weniger als 55 Divisionen auf Kriegsfuß gesetzt, für das schon im Kriegszustand mit Serbien befindliche Donaureich eine furchtbare Übermacht. Und die Franzosen hatten bereits „die ersten sieben Maßnahmen in Zeiten politischer Spannung“ verfügt. Selbst in Großbritannien war durch „Warnungstelegramm“ für Heer und Flotte die Kriegsvorbereitungsperiode eröffnet.

Nun gewinnt der deutsche Generalstab die begründete Überzeugung, daß man in Petersburg den Krieg wolle, und daß Frankreich gemäß seinen Bundespflichten selbstverständlich mit eingreifen werde. Grund genug für die deutsche Heeresleitung, welche Sicherheit und Bestand des Vaterlandes schwer bedroht sieht, auf eine rasche Klärung und Entscheidung der unerträglich gespannten, überaus gefährvollen Lage zu dringen, und die eigene militärische Bereitschaft schleunigst in einen den Gegnern gleichwertigen Stand zu setzen.

Da erhebt sich nun in Berlin der Gegensatz zwischen der militärischen und der politischen Leitung, wovon Weninger spricht. Jene fordert Maßnahmen, die dem Zustand drohender Kriegsgefahr entsprechen, was noch nicht gleichbedeutend mit Mobilmachung wäre. Der Generalstabschef v. Moltke will, daß die von ihm als selten günstig angesehene Lage zum raschen Losschlagen ausgenutzt werde.

Wie Lerchenfeld berichtete, vertrat Moltke, ausgehend von der für ihn seit Längerem feststehenden, aus bestimmten Meldungen und Anzeichen erlangten Gewißheit, daß der Zweibund einen Angriffskrieg gegen die Mittelmächte für die nächsten Jahre plante und vorbereitete, die Auffassung, daß Frankreich und Rußland militärisch noch nicht fertig seien, und daß es daher für Deutschland nur gut sein könne, wenn der ohnehin in sicherer Aussicht stehende Kampf jetzt gleich losbreche¹⁾. Es trat ja auch der Wille der Gegner, den Waffengang jetzt schon zu eröffnen,

¹⁾ Lerchenfelds Berichte vom 31. Juli 1914, S. 176 und vom 5. August 1914, Seite 187.

täglich und stündlich deutlicher in Erscheinung und zwang der deutschen Heeresleitung sozusagen das Gesetz des Handelns auf.

Allein die Absicht des Generalstabes, die durch die Haltung der Gegner gebotene Entscheidung der Lage nun rasch herbeizuführen, scheitert am Widerstand der politischen Reichsleitung. Diese glaubt noch an die Möglichkeit, den Frieden durch eine gemeinsame englisch-deutsche diplomatische Vermittlungsaktion erhalten zu können. Sie bemüht sich angelegentlichst um den Ausgleich zwischen Wien und Petersburg. Gegenüber den drängenden militärischen Stellen, so meldet Wenninger, „bremst der Reichskanzler mit allen Kräften“.

Mit Erfolg! Alles wird vermieden, was in Frankreich oder England Gegenmaßnahmen auslösen könnte. Noch am Abend des 29. Juli wird in einer Potsdamer Beratung der militärischen und politischen Leitung die Anordnung des drohenden Kriegszustandes abgelehnt, obwohl sie kaum noch als ausreichendes Äquivalent gegen die russischen Rüstungen gelten konnte.

Am nächsten Tage (30. Juli) überholt denn auch die nunmehr endgültig verfügte russische Gesamtmobilmachung die Mittelmächte in überraschender und gefahrvoller Weise. Aber Reichskanzler und Auswärtiges Amt in Berlin halten auch jetzt noch militärische Maßnahmen größeren Stils hintan und dringen in Wien mit äußerster Energie auf Annahme des englisch-deutschen Vermittlungsvorschlages. Lediglich daß die Marine „Sicherheit“ anordnen darf!

In Paris dagegen billigt man stillschweigend das russische Vorgehen und läßt die „ordre de départ en couverture“ ergehen, infolge deren der gesamte französische Grenzschutz ausrückt.

Wer will es tadeln, daß die verantwortlichen Stellen des deutschen Heerwesens in höchster Besorgnis um die Sicherheit des Vaterlandes bestrebt waren, den von den Feinden — anders als von solchen konnte kaum noch gesprochen werden — gewonnenen Vorsprung wenn möglich wieder einzuholen? Das war um so mehr gerechtfertigt, als der Generalstab noch in der Nacht vom 30. zum 31. Juli Gewißheit darüber erlangte, daß im Zarenreich das Gesamtaufgebot zu Lande und zu Wasser im Gange war. (30. Juli abends 6 Uhr befohlen.)

Nun war nicht allein Österreich, sondern auch Deutschland unmittelbar mit Krieg bedroht. Gleichwohl begnügte sich Deutschland, statt die vom militärischen Gesichtspunkte aus gebotene sofortige Mobilmachung zu verfügen, mit der Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“ (31. Juli). Bis zum 1. August nachmittags schob man die Mobilmachung hinaus, um den am 31. Juli noch in letzter Stunde in Petersburg und Paris unternommenen ultimativen diplomatischen Schritten die Möglichkeit eines günstigen Ergebnisses zu lassen und den Zusammenstoß doch noch zu vermeiden.

3.

Wenn der deutsche Generalstabschef am Abend und in der Nacht vom 30. zum 31. Juli die Wiener Heeresleitung aufforderte, nun schleunig den unerläßlichen Gegenzug gegen die übermächtige russische Bedrohung zu tun, so erfüllte er damit nur eine selbstverständliche Pflicht¹⁾. Jeder weitere Aufschub der österreichisch-ungarischen Gesamtmobilmachung mußte verhängnisvoll werden. Die Truppentransporte der k. k. Armee rollten bereits nach Süden; fast die Hälfte derselben sollte gegen Serbien vorgehen. Schon war die Lage die, daß der Aufmarsch in Galizien gegen Rußland nur zum Teil noch rechtzeitig erfolgen konnte.

Hat Moltke in seiner Unterredung mit dem k. k. Militärattaché in Berlin, wie in dessen Depesche an Conrad steht, (31. Juli morgens angelangt), wirklich auch den Rat gegeben, daß Wien den englischen Vermittlungsvorschlag ablehnen solle, so hat er damit unter zweifelloser Überschreitung seiner Befugnisse sich in Widerspruch gesetzt zu den Bemühungen der Reichsregierung und Kaiser Wilhelms, die auf Wien einen scharfen Druck im Sinne der Annahme des englisch-deutschen Vorschlags „Halt in Belgrad“ ausübten.

Da aber in Moltkes eigener Mitteilung an Conrad (31. Juli 7,45 morgens in Wien eingetroffen) von einer solchen Abweisung der diplomatischen Vermittlungsschritte mit keinem Worte die Rede ist, so erscheint der Zweifel berechtigt, ob der k. k. Militärattaché die Äußerungen des deutschen Armee-Chefs in allem zutreffend

¹⁾ Moltkes Depeschenwechsel mit Feldmarschall Conrad. 4. Band der Erinnerungen Conrads S. 152. — Hier auch die Depesche des k. k. Militärattachés in Berlin.

wiedergegeben hat. Gemeint konnte doch nur sein, daß Österreich sich durch die diplomatischen Verhandlungen nicht mehr abhalten lassen könne und dürfe, die militärischen Notwendigkeiten gegen Rußland zu erfüllen, wenn anders es sich nicht einer folgenschweren Versäumnis schuldig machen wollte.

Im übrigen hatte man in Wien sich schon am Nachmittag des 30. Juli dazu entschlossen, die Mobilmachung gegen Rußland für den 1. August anzuordnen, vorausgesetzt, daß Deutschland an der Seite der Donaumonarchie stehen werde, also noch bevor man die Aufforderung Moltkes erhalten hatte. Durch diese ist der letzte Anstoß zur Ausführung des Entschlusses gegeben worden, die am Mittag des 31. Juli erfolgte, gute 36 Stunden später, als in Petersburg das Aufgebot gegen die Donaumonarchie ergangen und in Wien bekannt geworden war.

Auch wenn es Moltkes Absicht war, die seiner Meinung nach unvermeidlich bevorstehende Entscheidung zu beschleunigen, und wenn die Wiener leitenden Kreise seine Mitteilungen für ihre Zwecke auszunützen versuchten, so ist die Behauptung, durch dieses Zwischenspiel sei der Weltkrieg entfesselt worden, doch zweifellos unrichtig. Der Lauf der Dinge und die diplomatischen Vorgänge sind dadurch nicht entschieden worden.

Die Tatsache bleibt, daß die deutsche Reichsleitung ihren Friedenswillen bis zum letzten Augenblick tätig bewiesen hat. Die eigene Mobilmachung stellt sie auch am 31. Juli noch zurück; von der Wiener Regierung fordert sie kategorisch die Annahme des deutsch-englischen Vermittlungsvorschlages; den Machthabern an der Newa gibt sie, ebenfalls noch am 31. Juli, eine letzte Gelegenheit zum Einlenken durch die befristete Aufforderung, die Rüstungen einzustellen. Erst als darauf keine Antwort erfolgt, ergeht am 1. August nachmittags der Mobilmachungsbefehl, dem das französische Kriegsaufgebot noch kurz vorhergegangen war, und wird an Rußland der Krieg erklärt.

Frankreich, noch am 31. Juli befragt, ob es im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral zu bleiben gedenke, bekommt für die Beantwortung eine hinreichend lange Frist. Es antwortet schließlich ausweichend. Für die militärischen Interessen Deutschlands ergibt sich daraus eine überaus bedenkliche Situation. Das Verhalten der Pariser Regierung „noch bedenklich nach

Zeitgewinn“, wie der bayerische Militärbevollmächtigte in seinem Berichte vom 2. August sich ausdrückt. In der Tat, wenn die Franzosen den Kampf zwischen Russen und Deutschen erst in Gang kommen ließen und dann plötzlich losschlügen, so konnte daraus das schwerste Unheil für Deutschland erwachsen und der auf eine rasche Offensive im Westen eingestellte deutsche Aufmarsch- und Kampfplan über den Haufen geworfen werden. Daher die erregte Ungeduld der verantwortlichen deutschen Militärstellen, auch mit Frankreich, von dem man bestimmt wußte, daß es seinem Verbündeten auf jeden Fall beispringen würde, ins Reine zu kommen, d. h. ein offenes Bekenntnis seiner zweifellos vorhandenen feindlichen Absichten zu erlangen.

Ausgehend von dieser Lage macht Wenninger in dem Bericht vom 2. August seinen bitteren Gefühlen Luft über das ihm und seinen Standesgenossen unbegreifliche Hinauszögern der letzten Schritte durch die Reichsregierung. Diese habe Mittag 1 Uhr erst nach längerer Beratung dem russischen Botschafter die Pässe zugesickt, den gleichen Schritt gegenüber der französischen Mission aber nicht für angezeigt gehalten. Und dabei laufen von allen Generalkommandos im Reiche die Anfragen ein, wer nun eigentlich als Feind anzusehen sei! In dieser unerträglichen Ungewißheit empfindet Wenninger die Nachricht von dem Bombenabwurf eines französischen Fliegers bei Nürnberg, die sich hernach als falsch herausstellte, wie eine Erlösung: jetzt hat der Soldat statt des Diplomaten das Wort, nachdem auch Frankreich unzweideutig als Feind dokumentiert ist. Nun dreht sich noch um England. Es pocht auf die belgische Neutralität, allein der Generalstabschef v. Moltke bleibt dabei, daß der Zweifrontenkampf nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden könne, wenn der Ring an der schwächsten Stelle durchbrochen und Frankreich durch einen unaufhaltsamen Vorstoß über belgisches Gebiet so rasch wie möglich niedergeworfen wird. Es war die bekannte Rechnung des deutschen Generalstabes, über die Wenninger berichtet.

Im ganzen genommen, bestätigen die Schreiben und Meldungen des bayerischen Generals das rasche Voranschreiten der feindlichen, das Hintanbleiben der deutschen Kriegsmaßnahmen. Seit dem 29. und 30. Juli, als die kriegerischen Absichten des Zweibundes immer deutlicher erkennbar wurden, tritt auch der Wille

des deutschen Generalstabes hervor, möglichst rasch zu einer Klärung und Entscheidung der unhaltbaren Situation zu kommen und den in unmittelbarer Aussicht stehenden Zusammenstoß noch unter möglichst günstigen Umständen erfolgen zu lassen.

Nirgends aber findet sich in der Berichterstattung Wenningers ein Beleg dafür, daß die militärischen Kreise in Berlin die politische Führung an die Wand gedrückt und über deren Kopf hinweg von sich aus den Weltkrieg tatsächlich entfesselt hätten, der sonst vermieden worden wäre. Wohl aber offenbart die Berichterstattung die Sorge und den Unmut dieser Kreise über die Zähigkeit und Beharrlichkeit, womit die Reichsregierung militärische Maßnahmen größeren Stils hintanhielt, die Entscheidung verzögerte und schließlich über Gebühr lange hinausschob, in der gutgemeinten, aber nicht mehr durchführbaren Absicht, den Frieden doch noch zu retten.

Den Einwand, die russische Mobilmachung hätte den Krieg nicht notwendig mit sich gebracht, wenn ihn Deutschland nicht erklärt hätte, gebrauchen heute, wo gehäufte Zeugnisse für das Gegenteil vorliegen, nur noch einseitige Propagandisten der Entente oder Mitverantwortliche, wie Sir Edward Grey, um die eigene Schuld zu verdecken. Gewissenhafte Forscher auch des Auslandes geben zu, daß Deutschland durch das russische Gesamtaufgebot vom 30. Juli in die Zwangslage geriet, den Kampf aufzunehmen. „Die deutsche Mobilmachung wurde direkt herbeigeführt durch diejenige der Russen. Tatsächlich kam sie überraschend spät“, urteilt der amerikanische Historiker Fay. Der Engländer Gooch vertritt die Ansicht, daß Rußland die Verantwortung trifft für den tatsächlichen Ausbruch der Feindseligkeiten: „Der Weltkrieg wurde überstürzt durch das Vorgehen der Russen in dem Augenblick, da zwischen Wien und St. Petersburg Verhandlungen neu aufgenommen waren, da Bethmann Hollweg ausgiebig bemüht war, den Verbündeten zu zügeln und da der Kaiser und der Zar in telegraphischer Verbindung waren¹⁾.“

Professor Harry Elmer Barnes, einer der angesehensten

¹⁾ Angeführt in dem Gutachten von Harry Elmer Barnes über die Schuld am Weltkriege. Erschienen im Maiheft der „Current History“ der „New York Times“. — Deutsche Übersetzung in der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage“ 1924, Heft 10.

Geschichtsforscher Amerikas, sagt in einem ausführlichen Gutachten¹⁾ über die Schuldfrage u. a.: „Es ist hier und da behauptet worden, das deutsche Ultimatum an Rußland, seine Mobilmachung einzustellen, sei ein voreiliger und überhasteter Schritt gewesen; Gegenmobilisierung und Fortsetzung der Verhandlungen wäre ein maßvolleres und verständigeres Vorgehen gewesen. Das ist zweifellos richtig vom diplomatischen Standpunkt aus; nach dem aber, was wir jetzt wissen über Rußlands Haltung und den franko-russischen Notenwechsel in der Zeit vom 29. Juli bis 1. August, ist es vollständig klar, daß eine solche Handlungsweise nicht zur Verhütung des Zusammenstoßes geführt hätte, vom militärischen Standpunkt aus aber ein fataler Fehler gewesen wäre. Rußland war entschlossen zum Krieg, und russische Truppen dürften wohl vor Ablauf der Frist des deutschen Ultimatus schon in Ostpreußen eingedrungen gewesen sein. . . . Sobald Deutschland die sichere Überzeugung hatte, daß Rußland den Krieg wollte, blieb ihm vernünftigerweise nur das eine übrig, sobald als möglich aktiv vorzugehen gegen einen viel mächtigeren aber schwerfälligeren Gegner. Das war der Zeitpunkt, mit dem die Herrschaft über die Lage den Zivilstellen aus der Hand genommen wurde und auf den Generalstab überging.“

Nicht nur in Petersburg, sondern auch in Paris hatte die Kriegspartei schon ganz die Oberhand, als der deutsche Generalstabschef in Wien zum Fertigmachen antrieb und als Österreich-Ungarn gegen Rußland mobilisierte. Statt zurückhaltend einzuwirken, ermuntert die französische Regierung in der Nacht vom 29. zum 30. Juli die Machthaber an der Newa, die begonnene Mobilmachung heimlich fortzusetzen und zu beschleunigen, nach außen aber der Welt friedliche Absichten vorzutäuschen. Gleichzeitig erhält der Bundesgenosse die erneute Zusage, daß Frankreich bereit sei, alle Bündnispflichten zu erfüllen, und werden schwerwiegende militärische Maßnahmen eingeleitet.

Um Mitternacht des 31. Juli kann der französische Kriegsminister Messimy, eben aus dem Ministerrat kommend, dem russischen Militärattaché versichern, daß die französische Regierung zum Kriege fest entschlossen sei. In derselben Nacht wird dem serbischen Geschäftsträger und dem österreichisch-ungarischen

¹⁾ A. a. O.

Botschafter im Quai d'Orsay bedeutet, daß es zu Vermittlungsschritten zu spät sei. Am Morgen des 1. August erlangt Joffre, indem er mit seinem Rücktritt droht, die Zustimmung des Ministerrats zur Mobilmachung, die nachmittag angeordnet wurde, noch bevor Deutschland sein Aufgebot erlassen hatte. — —

Wie richtig beurteilte der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld die Lage, als er am 31. Juli nach München schrieb: »Der deutsch-englische Vermittlungsvorschlag, der noch eine gewisse Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bot, ist durch die Mobilmachung in ganz Rußland erledigt.«

In Berücksichtigung der angeführten Tatsachen und der militärischen Maßnahmen Frankreichs haben auch namhafte ausländische Forscher die Mythe von dem erschreckten, widerstrebenden und überfallenen Frankreich über Bord geworfen. Sie haben sich überzeugt, daß die jahrelange diplomatische Vorarbeit der Poincaré, Delcassé, Iwolsky und Genossen in den entscheidenden Tagen der Krise durchaus die beabsichtigten kriegstreiberischen Wirkungen hervorbrachte, und daß die leitenden Männer in Paris und Petersburg als Antwort auf die russische Mobilmachung die deutsche Gegenmobilmachung und Kriegserklärung erwarteten.

Immer durchsichtiger wird auch, daß dem russisch-französischem Zusammenspiel durch das Verhalten Sir Edward Greys, der die überstürzte russische Rüstung tatenlos geschehen ließ, wenn nicht begünstigte, in höchst bedenklicher Weise Vorschub geleistet wurde¹⁾.

Diese Geschichtsforscher erkennen weiter, daß es in allen Ländern kriegerisch gesinnte militärische Gruppen gab. Sie finden mit Barnes das Urteil über die Einzigartigkeit und besondere Aggressivität des deutschen Militarismus »grotesk übertrieben«. Sie sind sich auch klar geworden, daß die alte Meinung, als ob Demokratie, Militarismus und Krieg unvereinbare Begriffe seien, »als unbegründete Illusion beiseite geschoben werden müsse.« (Barnes).

¹⁾ Zu den bekannten Publikationen, die über diese Tatsachen und Zusammenhänge die urkundlichen Belege bieten, sind neue Zeugnisse hinzugekommen in den Tagebuchaufzeichnungen des russischen Außenministeriums, herausgegeben von der Sowjetregierung. (Deutsche Inhaltsangaben in der Zeitschrift »Die Kriegsschuldfrage«. 1924, Heft 5).

Der Franzose Fabre-Luce kennzeichnet in seinem Werke „La Victoire“ seine Ansicht über die Krise 1914 mit einem Satze von epigrammatischer Schärfe: „Die Handlungen Österreichs und Deutschlands machten den Krieg möglich, die der Entente machten ihn unvermeidlich.“

Wann endlich werden gewisse deutsche Kreise, die dem Idol eines mißverstandenen Pazifismus nachjagen, sich dazu aufraffen, nicht mehr ungerechter über das eigene Vaterland und Volk zu urteilen, als solche Ausländer? Wann werden gewisse bereitwillige Helfer der Versailler Gewaltmächte ihrer von einem Manne wie Morel gezeiBelten Methode fanatischer deutscher Selbstbezeichnung entsagen zugunsten gerechter Abwägung der Verantwortlichkeiten?
